

Volksmacht

für Schlessen

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ausblick“, „Sozialistische Literatur-Anschauung“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Klerkestraße 4/6, durch die Einzelhandlungen der „Volksmacht“, Neue Gewandstraße Nr. 5 und Neue Fährstraße 11, sowie durch alle Auswärtigen zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,48 Rmt.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: **Dreslau 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Ronto: Postfach-Amt Dreslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Dreslau

Anzeigenpreis: Je Zeilometer für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 14 Pf. arswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Vereins-, Veranlassungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Klerkestraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Um die Nachfolge Geßlers.

Hindenburg versucht Geßler zum Bleiben zu bewegen. Geßler schlägt General Gröner vor.

Berlin, 16. Januar. (Eigener Funfbericht.)

Der Reichspräsident v. Hindenburg ist an den Reichswehrminister Dr. Geßler nochmals mit der Bitte heranzutreten, wenigstens bis zu den Neuwahlen in seinem Amt zu verbleiben und zunächst in einem längeren Urlaub die erforderliche Erholung zu suchen. Geßler hat sich dazu nicht bereit erklären können, obwohl bei dem im Regierungslager herrschenden Streit über seine Nachfolge vorläufig nicht zu ersehen ist, wer für die Zukunft die Erbschaft in der Bendlerstraße antreten wird. Voraussichtlich wird heute nochmals mit Geßler verhandelt. Auch die Regierungsparteien und die Opposition sollen dieser Tage über die Nachfolgerschaft gehört werden. Geßler selbst hat sowohl dem Reichspräsidenten wie dem Reichslangler als seinen Nachfolger den früheren Reichswehrminister General Gröner in Vorschlag gebracht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Kandidatur schließlich auch von Erfolg ist, falls das Wehrministerium nach dem Weggang Geßlers überhaupt hauptamtlich besetzt wird.

Eine Entscheidung über den ganzen Fragenkomplex ist in Anbetracht der heute in Berlin beginnenden Länderkonferenz jedenfalls kaum vor Ende der Woche zu erwarten. Bis dahin dürfte Geßler im Amt bleiben.

Das Drateln der Berliner Presse.

Berlin, 15. Januar. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge ist für Montag eine weitere Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichslangler in Aussicht genommen. Wie das Blatt wissen will, spricht die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß der Reichslangler die Vertretung übernehmen werde. Es ist nicht anzunehmen, daß Bestrebungen auf eine sofortige Neubesehung des Postens Erfolg haben werden. Auch der „Täglichen Rundschau“ zufolge nimmt man gegenwärtig ziemlich allgemein an, daß die Betrauung eines Mitgliedes des jetzigen Kabinetts die vorausichtlichste Lösung sein werde. Es stehe aber noch keineswegs fest, ob nicht auch eine definitive Neubesehung in Frage komme.

Die „Germania“ zu den völksparteilichen Ansprüchen auf das Reichswehrministerium.

Berlin, 15. Januar. Die „Germania“ schreibt: Es hat den Anschein, als ob die Deutsche Volkspartei tatsächlich ernsthafte Ansprüche auf das Reichswehrministerium erhebt. Worauf die Deutsche Volkspartei ihren Anspruch stützt, ist uns nicht recht ersichtlich. Weder die Stärke der Fraktion, noch die von der Partei angelegene Begründung, es liege von der letzten Regierungsbildung her eine bindende Abmachung vor, scheinen uns die angeleglichen Bestrebungen der Deutschen Volkspartei zu rechtfertigen.

Nicht bestritten werden kann, daß die Frage der Leitung des Reichswehrministeriums im Falle eines Rücktritts Geßlers,

der ja auch damals schon diskutiert wurde, bei der Regierungsbildung eine Rolle gespielt hat insofern, als die Deutsche Volkspartei sich selbst für dieses Ressort empfahl. Es ist uns aber nicht bekannt, daß, soweit wenigstens das Zentrum in Frage kommt, eine Abmachung getroffen worden ist. Wir glauben vielmehr nicht zu irren, wenn wir der Meinung sind, damals sei der Deutschen Volkspartei gesagt worden, ein solches Verlangen könne nicht als berechtigt angesehen werden, um so weniger, als doch jede Umbildung des Kabinetts als eine politische Handlung ersten Ranges anzusehen sei, und daß deshalb Bindungen für die Zukunft nicht eingegangen werden könnten. Durch jede Neubesehung innerhalb des Kabinetts werden die Mehrheitsverhältnisse berührt, denen gegenüber keine Partei sich gleichgültig verhalten kann.

Geßlers Abschied.



Aus Gesundheitsgründen hat Reichswehrminister Dr. Geßler dem Reichspräsidenten sein Rücktrittsgesuch überreicht. Der jetzt 52-jährige hatte sein Amt nach dem Kapp-Putsch übernommen, er hat es aber nicht vermocht, die Verbindung einflussreicher Reichswehrangehöriger mit Reaktionen zu beilegen. Im Fall der Schwarzen Reichswehr, im Fall des Kapitän Kollb, im Rhebus-Rüstungsandal hat Geßler sich nicht als Demokrat gezeigt, ebensowenig als in seinem Angriff auf Emil Ludwig in seiner Stellungnahme gegen die Friedensfreunde.

Otto Geßler ist 1875 in Ludwigsburg geboren, war ursprünglich im bayerischen Justizdienst tätig, 1914/1919 Oberbürgermeister in Nürnberg, seit Oktober 1919 Reichsminister für den Wiederaufbau, und seit März 1920 Reichswehrminister; diesen Posten hat er bei allen Kabinettswechseln gehalten. Geßler ist als Demokrat 1920/24 im Reichstag, trat aber beim Eintritt der Deutschnationalen ins Kabinett aus der Demokratischen Partei aus.

ungarischem Boden wurden nun die Früchte umgeladen und die Waffen ausgeladen. Diese Schiebungen seien den Behörden bekannt gewesen. Einmal habe sich sogar der Völkerbundsrat damit beschäftigt, aber es seien niemals Sanktionen erfolgt, da man keine juristische Handhabe gefunden habe.

Der Kampf um die Schulaufsicht.

Die Sozialdemokratie beantragt Streichung des ganzen Abschnittes über den Religionsunterricht.

Berlin, 14. Januar. (Eigener Bericht.) Im Bildungsausschuß des Reichstages wurde am Sonnabend der Kampf für und gegen die kirchliche Schulaufsicht fortgesetzt. Abg. Löwenstein (Soz.) verlangte dabei zunächst die Streichung des ganzen Abschnittes, der den Religionsunterricht in den Volksschulen regelt. Er widerlegte dann die Erklärung der bayerischen Regierung, daß es auf Grund des Konkordats bisher zu keinen Verhandlungen gekommen sei und weist auf amtliche Dokumente hin, aus denen sich ergibt, daß Verwarnungen und Mahregelungen auf Grund des Artikels 8 des bayerischen Konkordats erfolgt sind.

Abg. Fleißner (Soz.) schilderte die Vorgänge, die seinerzeit zu seinem Verbot an den katholischen Bischof in Sachsen, die Volksschulen zu besuchen, geführt haben. Diese Maßnahme sei von ihm, als damaliger sächsischer Kultusminister, aus Gründen der Staatsautorität erfolgt.

Abg. Schulz (Soz.) stellt nach einer Rede des Zentrums abgeordneter Hoffmann-Ludwigshafen für die kirchliche Schulaufsicht nochmals fest, daß die jetzigen Forderungen des Zentrums weit über das Weimarer Schulkompromiß hinausgehen und fordert abermals eine unbedingte Trennung von Schule und Kirche. Es handele sich dabei nicht um eine Gegnerschaft gegen die Religion, sondern um die Schaffung klarer Verhältnisse zwischen Schule und Kirche. Die Verhandlungen werden am Montag fortgesetzt.

Die Lehrer gegen die Wiederkehr der geistlichen Schulaufsicht.

Berlin, 16. Januar. (Eigener Funfbericht.)

Der Berliner Lehrerverband veranstaltete am Sonntag im Lehrervereinshaus in Berlin unter außerordentlich starker Beteiligung eine Protestkundgebung gegen das Reichsschulgesetz. Als Redner traten Lehrer aus allen Teilen Deutschlands und ein Vertreter aus Oesterreich auf. Die Tagung endete mit einer Kundgebung, in der es zum Schluß heißt:

„Der Reichsschulgesetzentwurf ist im Bildungsausschuß des Reichstages in wesentlichen Teilen noch erheblich verschlechtert worden. Die durch die Verfassung gegebene Vorrangstellung der gemeinsamen Schule wird aufgehoben. Die deutsche Bildungseinheit wird zerstört. Die Leistungs-fähigkeit der Volksschule wird herabgesetzt. Die Gewissensfreiheit wird bedroht. Die Vereinbarungen über den Religionsunterricht und die Schulaufsicht liefern die deutsche Volksschule an die Kirche aus und bringen die Wiederkehr der geistlichen Schulaufsicht. Der Hauptauschuß des Deutschen Lehrervereins ruft deshalb die deutsche Lehrerschaft und das ganze deutsche Volk auf, den Kampf gegen die unferer Volksschule durch diesen Entwurf drohenden schweren Gefahren entschlossen und tatkräftig weiter zu führen. Der Weg für die Entwidlung der gemeinsamen deutschen Volksschule muß freibleiben.“

Sollen solche Geistliche die Schulaufsicht haben?

Die Dresdener Stadtverordnetenversammlung nahm dieser Tage einen Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Direktor des Magdalenen-Silksvereins, Pfarrer Sidmann, einstimmig an. Dieser Seelenhirte hat im Dezember einen 17-jährigen weiblichen Fürsorgezögling, der ihm wegen einer „Ungezogenheit“ vorgeführt worden war, in seinem Zimmer über einen Stuhl legen lassen und ihm auf das entblößte Gesicht sechs heftige Schläge mit einem Kofferhölzchen versetzt, so daß mehrere dicke Schwielen entstanden. Als dieser Vorfall dann in die Öffentlichkeit kam, brachte es der Pfarrer fertig, dem weiblichen Fürsorgezögling einen Brief zu diktieren, in dem die Angaben über den Vorfall als un wahr widerrufen wurden. Sidmann mußte schließlich die Prügelprozedur aber doch zugehen.

Diese unglaublichen Methoden eines Geistlichen, die in Dresden ungeheures Aufsehen erregt haben, sind unseres Erachtens angesichts des Kampfes um die geistliche Schulaufsicht im Bildungsausschuß des Reichstages zur Aufklärung gegen die kirchliche Kontrolle des Religionsunterrichtes besonders geeignet.

Gegen Woldemaras Handelsfabotage.

Ein Schritt der lettischen Gesandtschaft bei der litauischen Regierung.

Riga, 15. Januar. Die lettische Gesandtschaft in Rowno hat bei der Regierung Woldemaras wegen der Entfernung von Schienen auf einem Teil der litauischen Strecke der Eisenbahnlinie Rowno-Kowno einen diplomatischen Schritt unternommen. Es wurde freudet erklärt, diese litauische Maßnahme habe das offensichtliche Ziel verfolgt, den Warenverkehr zwischen dem lettischen Hafen Rowno und dem litauischen Polen nach der Deffnung der Grenze von Wilna zu unterbinden. Für den Fall, daß der Schritt der lettischen Regierung erfolglos bliebe, erachtet man es als notwendig einen offiziellen Protest zu

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Keine neuen Schwierigkeiten.

Warschau, 15. Januar. Die polnische Telegraphenagentur verbreitet folgende Mitteilung: In der Presse sind Nachrichten erschienen über angebliche neue Schwierigkeiten bei den Wirtschaftsverhandlungen mit den deutschen Vertretern. Demgegenüber stellt die polnische Abordnung fest, daß die Verhandlungen einen normalen Verlauf nehmen, ohne daß von Seiten der deutschen Delegation irgendwelche besonderen Schwierigkeiten hingebracht werden. Im Gegenteil, es muß auf Grund des bisherigen Verhandlungsverlaufes festgestellt werden, daß beide Teile von vollem Verständnis für die bestehende Lage und von dem besten Willen erfüllt sind, die Folgen des Wirtschaftskrieges in der aller kürzesten Zeit zu beilegen.

Diese Meldung wird durch eine offiziöse deutsche Erklärung bestätigt.

Neue Ausschreitungen der Sillerbanditen.

Berlin, 14. Januar. In der vergangenen Nacht lag ein erschlossener Zug von circa 300 bis 400 Nationalsozialisten jöhend die Friedstraße in nördlicher Richtung entlang. Der Zug wurde von Polizei gestreut und 18 Personen wegen Verletzung des Passfreies festgenommen.

Auf dem Jansbruder Platz wurde der Kunstmaler Gled aus Kassel von einem 23-jährigen Mann überfallen und mit den Worten „Judenpad, Judengefindel!“ mißhandelt. Der Täter wurde zwangsgestrichelt.

Die Tschechei liefert Schanolin Waffen.

Prag, 14. Januar. Das Tschechoslowakische Pressebüro erhält zu Nachrichten über die Waffenlieferung aus der tschechoslowakischen Republik nach China von zuständiger Stelle folgende Information, aus der uns nur folgende Tatsachen interessieren.

Die Tschechoslowakische Waffenfabrik Aktien-gesellschaft in Brünn hat einen Lieferungsvertrag auf 40 000 Gewehre für die nordchinesische Armee abgeschlossen.

Vor neuen Enthüllungen

über italienisch-ungarische Waffenschiebungen.

Paris, 16. Januar. (Eigener Funfbericht.)

Der sozialistische „Populaire“ kündigt heute eine Reihe von Enthüllungen an über die Waffenschiebungen, die zwischen Italien und Ungarn ständig vorgenommen worden seien. Man dürfe nicht annehmen, daß die jetzt entdeckten Schiebungen die einzigen gewesen seien. Seit Jahres habe Ungarn Waffen aus Italien bezogen, und gerade zu diesem Zwecke habe es auf dem St. Gotthard eine Militärkommission ständig in Alarmbereitschaft gehalten, die auch jetzt sofort eingegriffen habe. Die bisherigen Schiebungen seien aber mit größter Vorsicht vorgenommen worden. Zunächst habe man von Italien aus eine Anzahl Waggons mit Frachten nach irgend einer ungarischen Station geschickt. Wenige Tage darauf seien die gleiche Anzahl Waggons mit Waffen unter der Deklaration „Früchte“ nach einem Bahnhof in Rumänien, Kelen oder der Tschechoslowakei abgegangen. Auf

Ein zweites Albanien?

Der ewige Störenfried Mussolini.

Uns wird geschrieben:

Die neuerdings fechtende Annäherung Griechenlands an Italien hat nach den vorliegenden Pressemeldungen auf türkischer Seite großes Unbehagen erregt, denn man sieht in ihr eine deutliche Spitze gegen die Türkei. Italien hat nie sehr freundschaftliche Gefühle für Angora gehabt. Die Seefernverwandtschaft zwischen Rom und Konstantinopel ist zwar eine historische Tatsache, aber die Sympathie der Anzuehnung ihrer beiderseitigen Leistungen gewesen, aber Worte sollten nicht viel und verlieren ihren Sinn, wenn machtpolitische Interessen auf-tauchen.

Von türkischer Seite ist in letzter Zeit mancherlei versucht worden, um den Jörn des römischen Feldes gnädig zu stimmen. Der italienische Handel hat in der Türkei offene Türen gefunden, und die neuen türkischen Kriegsschiffe sind in Italien bestellt worden. Mussolini hat diese kleinen Geschenke gnädigst angenommen und in der Zwischenzeit geschwiegen, um sich das Geschäft für Italien nicht entgehen zu lassen. Seine Gesinnung gegen die Türkei hat sich aber ebensowenig geändert wie seine Überzeugung, daß der Besitz Anatoliens ein dringendes Bedürfnis für die Zukunft Italiens ist. Nach einer Periode des Schweigens, die in der Hauptsache durch den Druck Englands und die ablehnende Haltung Frankreichs veranlaßt war, setzt jetzt in der türkischen Politik Mussolini eine neue Epoche ein. Sie folgt diesmal der indirekten Methode und ist deshalb gefährlicher, weil sie nicht von einem Theaterdonner wilder Drohreden begleitet wird. Ja, es hat ernsthaft den Anschein, als wenn das türkisch-italienische Verhältnis sich stark zuspitzen beginnt, weil es der italienische Politik gelungen ist, sich die Vorposten der griechischen Grenze für ihre türkischen Pläne zu sichern.

Die Freundschaft zwischen Rom und Athen datiert erst seit kurzem. Ihr eigentlicher Vater ist der alte Drahtzieher der griechischen Außenpolitik, der Exministerpräsident Venizelos. Er hat den Ehrgeiz, seine bewegte Karriere als Staatspräsident einer griechischen Republik zu beschließen, in der sein Lebensraum eines Groß-Griechenland diesseits und jenseits der Ägäis zur Wirklichkeit wird. Der Stern des vielgewandten Kretens, der nach dem Kraso des letzten Türkenkrieges als Gewährer von der Bildfläche verschwinden mußte, ist wieder im Aufgehen. Seine Schüler und Gefolgsmänner beherrschen die Staatsmaschine, und durch sie fängt der Wille von Venizelos wieder an, allmächtig in der griechischen Politik zu werden. Bei dem mangelnden Interesse Englands und Frankreichs an der griechischen Frage blieb Venizelos auf der Suche nach Bundesgenossen nur noch Italien übrig, mit dem eine Verständigung über die Teilung der türkischen Beute leicht möglich scheint. Trotz der gemeinsamen Interessen gegen die Türkei ist die Liebe der Griechen für Italien nichts weniger als groß. Italien treibt auf den von ihm besetzten Inseln des Dodekanes eine rücksichtslose Italiensierungspolitik und der Gouverneur von Rhodos hat kürzlich in Cypern wie in Athen deutlich die Abneigung der Griechen gegen die italienischen Methoden zu spüren bekommen. Jetzt ist der griechische Außenminister Michailopoulos nach Rom gegangen, um die Barrieren der griechisch-italienischen Freundschaft niederzureißen. Er hat die Zustimmung erhalten, daß Italien gewillt ist, um den Preis eines Freundschaftspatentes mit Griechenland den Inselgriechen die kulturelle Autonomie einzuräumen. Ferner hat sich Italien bereit erklärt, die von ihm besetzten Inseln des Archipels an Griechenland zurückzugeben, wenn die Notwendigkeit ihrer militärischen Besetzung nicht mehr vorhanden sein wird. So belanglos dieses Versprechen auch ist, es hat genügt, um Griechenlands Bündnisbereitschaft zu erhalten.

Vielernumerierte Wechsel der bisherigen griechischen Einstellung läßt sich nur dadurch erklären, daß die griechischen Politiker für den Eintritt in die italienische Klientel auf einen anderen Preis rechnen, nämlich auf Smyrna und sein Hinterland. Noch eine andere Tatsache weist darauf hin, wie tief Italiens Finger schon in der griechischen Politik stecken. Der italienische Gesandte in Athen hat die Forderung nach einer Beteiligung Italiens an der griechischen Stabilisierungsleihe erhoben, die ohne Zweifel zugestanden wird. Auf diesem Wege soll sich die neue Tür für das italienische Kapital in Griechenland erschließen und die wirtschaftliche Durchdringung des Landes vorbereiten. Von hier aus ist der Weg zu politischen Geheimverträgen und zu militärischen Abkommen nicht mehr weit. Nach all dem scheint die Behauptung nicht zu gewagt, daß Griechenland unter der außenpolitischen Ägide von Venizelos im Begriff ist, ein zweites Albanien zu werden, dessen Verwendbarkeit für die italienische Mittelmeerpolitik nur nach erfolgreicher sein wird, weil es sich als Schrittmacher auf dem Balkan wie in Vorderasien und unter Umständen sogar in Mesopotamien gebrauchen lassen kann.

Zur Bezeichnung der internationalen Politik wird die neue griechisch-italienische Kombination auf keinen Fall beitragen. Sie muß vor allem die Türkei auf neue außenpolitische Wege drängen, die notwendig nach Moskau und nach Athen führen. Die ohnehin an Bündnistoffen reiche Situation im Mittleren Osten kann unter Umständen durch das neue Bündnis zu einem Franzosen werden, gegen den der Vorkriegsbalkan unglückseligen Angedenkens nur ein armjeliges Feuerchen war.

Neue Schwierigkeiten des französischen Kabinetts.

Konflikt mit dem Heeresauschuß der Kammer.

Paris, 14. Januar. (Eig. Drahtb.) Das Kabinett Poincaré geht schweren Zeiten entgegen. Auf die stürmische Kammerdebatte über die Immunität der verurteilten kommunistischen Abgeordneten folgte am Sonnabend ein Zusammenstoß des Kriegsministers Painlevé mit dem Heeresauschuß in der Frage der einjährigen Dienstzeit. Die Dienstzeit ist durch das Rekrutierungsgezet, das in der nächsten Woche von der Kammer verabschiedet werden soll, so geregelt, daß die Jahressklasse 1928, die bis Mai 1929 ihren Dienst antritt, ein Jahr darauf entlassen werden soll. Das Gesetz macht dies aber abhängig davon, daß die Zahl der Berufssoldaten vor der auf 100 000 erhöht ist. Kriegsminister Painlevé forderte nun im Heeresauschuß, daß die Herabsetzung der Dienstzeit überhaupt nicht zeitlich festgelegt werde, was jedoch fast-gewisslich abgelehnt wurde. Hierauf erklärte der Minister, im Plenum der Kammer gegen die Aufrechterhaltung der Bestimmung die Vertrauensfrage zu stellen. Man kann sich also auf neue Schwierigkeiten der „Regierung der nationalen Einigung“ gefaßt machen.

Die Entscheidung liegt auch in dieser Frage bei den Kabinettsräten. Es wird sich nun das von Blum im heutigen „Populaire“ dargestellte Problem von neuem erheben: „Die parlamentarische Lage läßt sich nicht länger von der Position der Parteien im Wahlkampf trennen. Die Kabinetsräte werden nach im dieser Kammer für oder gegen die nationale Union Stellung nehmen müssen.“

Paul Boncour über die Räumung des Rheinlandes.

Paris, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Paris-Abd' hat am Sonnabend eine Erklärung des Abgeordneten Paul Boncour über die Räumung des Rheinlandes veröffentlicht. Boncour erklärt darin, daß jede wirkliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland nur möglich ist, so lange die Truppen des einen Landes das Gebiet des anderen besetzt halten. Jeder Fortschritt des Friedens würde durch diesen Umstand beträchtlich verzögert. Man müsse das Rheinland als ein Gebiet ansehen, was nicht ohne eine Gegenleistung, die die Sicherheit gewährleistet, räumbar sei.

wenig, wie ein Privatvertrag ohne Gestattmittel festsetzen könne, ebenso wenig könne dies auch eine internationale Abmachung. Jede Abmachungsabmachung brauche also eine Kontrolle, und diese internationale Kontrolle werde Frankreich annehmen, sobald eine internationale Abmachung zur Herabsetzung der Rüstungen, an deren Fertigstellung er arbeite, unterzeichnet sein werde.

Von Deutschland müsse man mindestens verlangen, daß es eine solche Kontrolle ebenfalls über die bereits bestehenden Abmachungsabmachung hinaus in bezug auf die demilitarisierten Rheinlande schon annehme, wie sie im Versailler Vertrag festgelegt und in Locarno bestätigt worden sei. Es handele sich nicht um eine internationale Militärkontrolle, sondern um eine vom Völkerbund ausgehende internationale Kontrolle. Diese Kontrolle aber würde für Frankreich ebenso gelten wie für Deutschland.

Wiederbeginn der russisch-französischen Verhandlungen.

Schuldenproblem, Anteihsfrage und Beizrosteumlieferungen. Paris, 16. Januar. (Eigener Funkbericht.) Der neue russische Botschafter in Paris wird morgen seinen Posten antreten. Die Verhandlungen der französisch-russischen Konferenz, die im Sommer des vergangenen Jahres bei Beginn der Rakomskifrage abgebrochen worden waren, werden dann sofort wieder aufgenommen. Im Vordergrund der Verhandlungen steht die Regelung des Schuldenproblems, die die Russen allerdings von der Gewährleistung eines größeren französischen Kredits abhängig machen. Wie von französischer offizieller Seite heute bestätigt wird, soll die Kreditfrage im engsten Zusammenhang mit der Belieferung Frankreichs durch russisches Petroleum behandelt werden.

Ein schlaues Schachzug Ungarns.

Untersuchung des Zwischenfalls von Sent-Gothard durch eine ungarisch-österreichische Kommission. Budapest, 14. Januar. Wie das Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Büro erfährt, hat die ungarische Regierung beabsichtigt die Klärung der Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den ungarischen und österreichischen Behörden in der Zollbehandlung des in St. Gotthard angehaltenen Kriegsmaterialtransports entstanden sind, bei der österreichischen Regierung die Entsendung einer ungarisch-österreichischen Kommission nach St. Gotthard beantragt. Die beiden Regierungen sind übereingekommen, daß die gemischte Kommission am 17. Januar in St. Gotthard zusammentreten wird, um die Unterzählungen an Tri und Sioe durchzuführen.

Bürgermeisterkonferenz des Schlesiens Städtetages.

S.P.K. In Breslau fand am 14. Januar eine Bürgermeisterkonferenz des Schlesiens Städtetages statt, der am Freitagabend eine informativische, allerdings nicht allzu ausführliche Pressebesprechung vorausging. In dieser Besprechung umriß der Leiter der Pressestelle des Reichsstädtetages, Landtagsabgeordneter Dr. Spiedernagel, die aktuellen Probleme der deutschen Kommunalpolitik, unterrichtlich die Schwierigkeiten, die sich aus der gegenwärtig in Umbildung begriffenen gesetzgeberischen Lage — Übergang vieler gesetzgeberischer Kompetenzen auf das Reich — ergeben und betonte die Bedeutung einer Rationalisierung der Verwaltung. Die Initiative des Reichstagspräsidenten Löbe, einen Gemeindeauschuß des Reichstages zu schaffen, der alle sich auf die Kommunalpolitik beziehenden gesetzgeberischen Maßnahmen vorab zu begutachten habe, sei begrüßenswert und werde hoffentlich bald verwirklicht.

In bezug auf die Restriktionspolitik des Reichsbankpräsidenten Schacht gab Dr. Spiedernagel einen kurzen Abriss, der, allgemein bekannt, Stellungnahme der Städte. Bürgermeister Feige-Lübchen gab im Anschluß eine kurze Darstellung seines weiter unten wiedergegebenen Referats über die Auflösung der Gutsbezirke.

Die eigentliche Tagung, die Sonnabend vormittag im Konzertsaal begann, fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, so daß hier lediglich der Inhalt der hauptsächlichsten Referate wiedergegeben werden kann. Es sprachen: der Landesgeologe Prof. Scherz über die „Geologischen Grundlagen der Wassererzeugung in Schlesien“, Vizepräsident Dr. Elias über die Arbeitslosenversicherung und Bürgermeister Feige-Lübchen über die Auflösung der Gutsbezirke. Dieses seiner aktuellen Bedeutung wegen wichtigste Referat der Tagung begann mit einem Hinweis auf die durch das Gesetz vom 12. Dezember abgeschaffenen Schwierigkeiten der Auslegung und gab dann kurz einen Überblick über die geschichtliche, zur Auflösung der Gutsbezirke führenden Entwicklung dieser Frage in Preußen.

Den Einwohnern der Gutsbezirke fehlte unter den bisherigen Zuständen das kommunale Selbstverwaltungsrecht. Es war eine Eigentümlichkeit in den nunmehr ihrem Ende entgegengehenden selbständigen Gutsbezirken, die im Bereiche der örtlichen Landgemeindevorordnung, aber auch in Hannover, Schleswig-Holstein und Westfalen vorliefen, daß in ihnen eine Gemeindevertretung nicht bestand. Der Gutsbesitzer war allein der Träger der öffentlichen Lasten, besaß dafür gleichzeitig das Recht, als Gutsbesitzer oder durch einen von ihm bestellten Gutsvorstehervertreter den Gutsbezirk öffentlich-rechtlich zu verwalten und zu vertreten. Dieser Zustand war mit der Forderung, daß jeder Staatsbürger an der Gemeindeverwaltung teilnehmen soll (und u. E. mit dem Prinzip einer demokratisch-parlamentarischen Staatsordnung. Die Red.) unvereinbar. In der Landgemeindevorordnung für die östlichen Provinzen Preußens vom 3. Juli 1891 war die Selbstständigkeit der Gutsbezirke unberührt geblieben, weil man verneinte, daß sie in der Eigentümlichkeit der Provinzen verwurzelt seien und die Einwohner durch die Übernahme der öffentlichen-rechtlichen Lasten durch den Besitzer einen reichlichen Ausgiewer fänden. Man hat sich bei Schaffung der Gemeindeverfassungsgesetze von 1856 und 1891 jedoch damit begnügt, die alten, schon rechtlich bestehenden Gutsbezirke — also Güter ehemaliger Gutsbesitzer — aufrechtzuerhalten. Neue Gutsbezirke konnten nur durch besonderen Staatsherrschaft entstehen.

Nach der Staatsumwälzung von 1918 trat im Parlament wie bei der Staatsregierung sofort der lebhafteste Wunsch hervor, die Gutsbezirke zu beseitigen. Die Sache wurde jedoch von Jahr zu Jahr vertagt. Der Entwurf für eine neue preussische Landgemeindevorordnung vom Jahre 1922 brachte wieder Bestimmungen über Auflösung der Gutsbezirke. Die Beratung des Gesetzesentwurfes kam aber nicht zum Abschluß. Auf Antrag der Regierungsparteien wurde dann einer künftigen Regelung des gesamten Gemeindeverfassungsrechtes ausgesetzt und die Auflösung der Gutsbezirke beschlossen. Zurzeit gibt es in Preußen etwa 12 000 Gutsbezirke mit etwa 1 500 000 Einwohnern, von denen

- 6500 Gutsbezirke bis 100 Einwohner,
 - 5400 Gutsbezirke 100 bis 500 Einwohner,
 - 102 Gutsbezirke mehr als 500 bis 1000 Einwohner,
 - 35 Gutsbezirke 1000 bis 2000 Einwohner, und
 - 3 Gutsbezirke zwischen 2000 bis 8000 Einwohner
- haben. In Schlesien zählen wir im Regierungsbezirk Breslau circa 1400, im Regierungsbezirk Regensburg circa 1000, in Oberschlesien (Oppeln) 750 selbständige Gutsbezirke. Die Auflösung der Gutsbezirke beginnt natürlich der-zeitigen Verhältnisse. Das die bisher beschriebene Gutsbezirke in den großen Teilen des Reiches, das politische Selbst-

Die Auflegung französischer Industrieanleihen in Amerika gestattet.

Washington, 15. Januar. Nach einer Konferenz zwischen Präsident Coolidge, Staatssekretär Kellogg und Schatzsekretär Mellon wurde das Staatsdepartement an eine größere Anzahl meist New Yorker Banken Formularebriefe mit der Erklärung, daß keine weiteren Bedenken mehr gegen die Auflegung französischer Industrieanleihen in den Vereinigten Staaten bestünden. Politische Kreise erklären, daß für das Fallentstehen der Einwände zwei Bankwelt die Vorteile französischer Finanzierungen nicht länger vorzuziehen bleiben, zweitens kam Frankreich seinem Schuldendienst gegenüber den Vereinigten Staaten nach, obwohl der Mellon-Berenger-Vertrag noch nicht ratifiziert sei.

Aufbedung einer kommunistischen Organisation in Rowno.

Rowno, 14. Januar. Eine weit verzweigte kommunistische Organisation ist am Freitag in Rowno von der politischen Polizei aufgedeckt worden. Bisher sind 19 Personen verhaftet worden. Unter den Verhafteten befindet sich eine größere Anzahl höherer Angestellter verschiedener Unternehmungen. Die Führer der Organisation, darunter ein Buchhalter der Jüdischen Zentralbank und ein Apothekergehilfe, konnten ebenfalls verhaftet werden.

Flugzeugangriff der Amerikaner gegen eine Festung Sandinos.

Managua, 15. Januar. Bei dem Angriff eines Marineflugzeugwaders auf die Festung des Generals Sandino, El Chipote, bei dem die Flugzeuge teilweise Handgranaten benutzten, wurden 40 Aufständische getötet.

Zusammenbruch der Sängerkongresse.

Berlin, 14. Januar. Der Deutsche Sängerbund, der Deutsche Arbeiter-Sängerbund und der Reichsverband gemischter Chöre Deutschlands haben sich zu einer „Arbeitsgemeinschaft für das deutsche Chorgebiet“ zusammengeschlossen. Die Arbeitsgemeinschaft beabsichtigt, bei voller Wahrung der Selbstständigkeit der einzelnen Klubs die gemeinsamen finanziellen und organisatorischen Schwierigkeiten, die sich dem Chorgebiet in den Weg stellen, zu bekämpfen und die allgemeinen künstlerischen Interessen auf diesem Gebiet zu fördern. Ein Wunsch der drei beteiligten Verbände hat der Musikreferent im preussischen Kultusministerium den Vorschlag übernommen.

ständigkeits nachtrauern, kann nicht munder nehmen. Die Kreise beklagen den Ausfall an Steuern, die ihnen jetzt bei Gütern aus der verstärkten Zuweisung von Reichssteueranteilen zufließen. Wollig anders ist die Stellung der Städte. Sie begrüßen die Auflösung, und zwar einmal aus staatspolitischen Gesichtspunkten, und als ersten wesentlichen Schritt zu einer grundlegenden Verwaltungsreform. Das Bestehen so vieler Zwerggebilde hat unendlich viel Lehrauftrag vermittelt und Schreibwerk gekostet.

Es werden von der Vereinfachung auch nicht nur die eigentlichen Kreisverwaltungen berührt, darüber hinaus werden viele andere Behörden und Verwaltungsstellen, so: Finanzämter, Katasterämter, Gerichte, Krankenkassen usw., die Verminderung der ländlichen Ortsverwaltungen bald als Segen zur Verminderung der Arbeit und des Schreibwerks verzeichnen können. Nach dem Gesetz kann dann von der Auflösung eines Gutsbezirkes abgesehen werden, wenn eine Vereinigung mit anderen Gemeinden oder seine Zusammenlegung mit anderen Gutsbezirken zu einer neuen Gemeinde nach Lage der Verhältnisse ausgeschlossen und seine Umwandlung in eine selbständige Gemeinde nicht möglich ist, weil ein eigenes Gemeindeleben wegen der geringen Einwohnerzahl oder der weiten Entfernung einzelner Wohnstätten sich nicht entwickeln kann. Bei der Auflösung soll vermieden werden, wirtschaftliche Einheitsgebiete zu zertrümmern. Sie sollen geschlossen, einer Land- oder Stadtgemeinde zugeschlagen oder allein oder mit anderen Gutsbezirken zusammen in eine Landgemeinde umgewandelt werden. Das Gesetz macht bei seinem Ziele nicht kleinlich halt vor Kreis- oder Provinzialgrenzen, sondern es gestattet, die Sache großzügig aufzufassen, Kreis- und Provinzialgrenzen den sich ergebenden Erfordernissen der Gegenwart anzupassen.

Wir Städte bringen, wie ich schon betonte, dem Gesetz das größte Interesse entgegen. Durch Jahrhunderte haben in unserem Osten Gutsbezirke in fester Hand die Städte vielfach eingezogen und an einer vernünftigen Entwicklung gehindert. Daß der Osten gegenüber Teilen des Westens so stark zurückbleiben mußte, findet zu einem Teil hierin seine Erklärung. In Schlesien müssen wir mit Recht und stärkster Betonung fordern, daß bei der nunmehrigen Auflösung der Gutsbezirke an erster Stelle den Erfordernissen der Städte Rechnung getragen wird.

Sehen Sie sich die Karte vieler unserer Städte an, so finden Sie auf den ersten Blick, daß in unzähligen Fällen die Straßenführungen recht mangelhaft sind, weil die Städte zusammengebrochen nicht rechtzeitig die Planungen auf ein größeres Gebiet erweitert haben. Das Schulwesen ist in den Städten höher entwickelt, als in kleinen Landgemeinden, wo oft ein einziger Lehrer alle Altersklassen betreuen muß. Wird der gegenwärtige Zeitpunkt unter diesem Gesichtspunkt nicht richtig genutzt, so werden in der Zukunft noch manchelei Eingemeindungskämpfe bestehen bleiben. Trägt jedoch eine großzügige Einstellung den berechtigten Belangen der Städte Rechnung, so wird der Entwicklung des Ostens gedient werden und werden vielerorts Eingemeindungsstreitigkeiten für lange Zeit verschwinden.

Wenn von irgend einer Seite der Einwand kommen sollte, daß die Fortwährenden Städte reich seien und die Folgen einer Zusammenlegung der aufzulösenden Gutsbezirke für solche Städte weniger beachtenswert bleiben müssen, so weist ich darauf hin, daß hier ein fundamentaler Irrtum vorliegt. Reich-tümer kommt heute keine Stadt mehr. Die Städte mit Grundbesitz haben vielerlei Einrichtungen auf ihrem Besitze aufgebaut, ihre Kommunalwirtschaft nach den Erträgnissen des Besitzes gestaltet und die Einkünfte aus Grund und Boden der Allgemeinheit nutzbar gemacht.

Die Städte müssen mit Nachdruck fordern, daß sie die Fortwährenden Gutsbezirke in ihre Ortsbezirke hineinbekommen, um die volle Selbstständigkeit und Selbstverwaltung über diese Gebiete zu erreichen und um unnötige Zeit und Kraft vergehende Arbeit mit anderen Ortsbehörden zu beseitigen. Keine andere Gemeinde hat Interesse an diesen fast einwohnereieren Gebieten. Die wenigen Bewohner dieser Gebiete haben in den Diensten der Stadt und können nur das größte Interesse daran haben, bei ihr, mit der sie in ihrer Existenz auf Gehalt und Verbinden verbunden sind, das Wohlfühl ausüben zu können. Schwerlich wird auch eine fremde Gemeinde das nötige Interesse aufbringen und werden von ihnen in solchen Gebieten aufzunehmen. Nur durch die Einigung der Städte, zum Gange der Verhandlungen, kann ich mich hier kurz fassen, da der Schlesiens Städtetag hierzu Informationen und Richtlinien vertritt hat.

Es ist zu empfehlen, die Anträge auf Eingemeindung selbst maßgebend zu sein, die Beschlüsse zu bilden. Die Gemeinden begeben sofort in Grundbesitz zu übernehmen und sich leisten, was an die gegenwärtigen Verhältnisse und die Ortsverhältnisse zu geben.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 16. Januar 1928.

Wir ehren die Januar kämpfer!

Die Lichtnacht-Luxemburg-Lenin-Feier der sozialistischen Jugend.

Die Gedenkfeier zur Ehrung dieser Januar kämpfer gehört hier in Breslau mit zu den traditionellen Veranstaltungen der sozialistischen Jugend. So hatten auch in diesem Jahre am vergangenen Sonnabend die Sozialistische Arbeiterjugend und die Jungsozialisten ihre Mitglieder und Gäste nach der Monistischen Gemeinde geladen, um namentlich der Jugend Lebensweg und Schicksal der drei großen Helden der letzten Revolution vor Augen zu führen, ihr einen Abschnitt der Revolutionsgeschichte ins Gedächtnis zu bringen, an dem sie selber noch nicht teilnehmen durfte.

Die alten französischen Revolutionshymnen, auf der Orgel gespielt, durchdrangen den Raum dieses Hauses, in dem schon so oft von der Freiheit und Befreiung der Menschen gesprochen wurde. Auffordernd die Jugend, nicht nur die Revolutionstoten zu ehren, sondern aktiv mit an dem großen Befreiungswerke der Menschheit tätig zu sein, war das von einem Jugendgenossen vortragene Gedicht „Der Kämpfer zum Streit“. In der Jugend sprach dieses Jahr der ältere Genosse Schrämmer, der in kurzer Ansprache der großen Toten gedachte.

Liebste! Das Leben dieses leidenschaftlichen Idealisten war erfüllt vom Kampfe gegen Kapitalismus und Militarismus, der schon 1907 wegen seiner antimilitaristischen Haltung auf Festung gehen mußte. Seine Stellung zum imperialistischen Kriege ließ ihn als ersten und zunächst einzigen Reichstagsabgeordneten gegen die Kriegskredite stimmen. Vier Jahre Zuchthaus waren das Ergebnis seines Versuches im Jahre 1916, größere Massen gegen den Krieg aufzupeitschen. Und als er in den Wirren der Revolution mit an der Spitze der Revolution stand, auf den Straßen mit seinen Genossen kämpfte, wurde er als der „Wahnwitzige“ gebrandmarkt. Und „Wahnwitzige“ erklagt man zu allen Zeiten. Auch ihn ereilte, allzu früh, dieses Schicksal. Rosa Luxemburg! Ein theoretisch und revolutionär genossener Mensch, eine Frau von festerem Glauben, die schon früh befehdt wurde, ehe sie an die Seite des Sozialismus trat. Auch sie büßte ihre reine Menschheitsgestinnung mit langer Gefängnisstrafe. Mit der ihr eigenen Prophetengabe hat sie ihren tragischen Tod vorausgesehen, als sie einmal schrieb, „wer dem ewigen Wagnis der Revolution vorangeht, wird überrascht werden“. Auch sie erlitt die Kontrerevolution.

Lenin! War die Vereinigung der Kräfte beider, die vor ihm standen. Er war der Berufsrevolutionär und Strategie der russischen Revolution. 1905 sprach in einem kleinen Kreise von Parteigenossen ein Diamantenhändler aus Minsk. Es war Lenin, der schon damals erahnen ließ, daß er einstens in der Befreiung seines Landes eine Rolle zu spielen hat. 1917 stand er an der Grenze Rußlands, dessen weitere Geschichte er bis 1924 kennen konnte. Erst heute, da sich dieser Kopf markant von seinen Gegnern abhebt, erkennen wir recht die Bedeutung dieses Mannes. Ein „Feuertrom von Licht und Kraft“ ist mit ihm verbunden.

Alle drei Toten sind verschieden in der Zeit des größten Außerordentliches des Proletariats. Wir holen die Toten nicht heraus, um sie nur zu beklagen, sondern um der Jugend diese drei flammenden Seelen aufzuzeigen, die ihr ganzes Leben zum Proletariat schlugen.

Mit starkem Beifall wurden diese Gedankworte von der Jugend aufgenommen. In Lichtbildern sah man einzelne Geschehnisse aus damaliger Zeit, die Zwischenräume gleich von einzelnen Jugendgenossen erklärt wurden. Im Film wurde Lenins Bedeutung gezeigt. Ein Jugendlicher fand Worte, die proletarische Jugend für den Kampf gegen Reaktion und alle Bedrückung auftrafen. Aus vielen hundert Rufen klang am Schluß das mit viel Heberzeugung gesungene „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“. Der Saal der Monistischen Gemeinde war überfüllt, man wird das nächste Jahr gut tun einen größeren Raum für diese Feier zu finden.

Der Andrang bei den neuen Anmeldungen zur Volkshochschule

So stark, daß in den letzten Tagen die Anmeldungen vielfach nicht erledigt werden konnten, obwohl das Volkshochschulamt bis nach 20 Uhr abends geöffnet war. Die Anmeldungen werden aber auch noch in den nächsten Wochentagen im Volkshochschulamt, Mühlstraße 16, von 10 bis 13 oder 17 bis 20 Uhr entgegen genommen. In einer Reihe von Lehrgängen sind alle verfügbaren Plätze bereits belegt.

Zum Mord in der Krullstraße.

Die bis jetzt angestellten Ermittlungen über den Mord an der Prostituierten Marie Krull weisen immer mehr darauf hin, daß ein Raubmord nicht in Frage kommt. Bei der am Sonnabend vorgenommenen Durchsuchung der Wohnung wurden Verstecke, soweit solche vorhanden waren, gefunden. Auch ein Markt bares Geld sind vorgefunden worden. Es ist überhaupt fraglich, ob der Mörder etwas in der Wohnung gesucht hat. Die auf dem Bett liegende, herausgerissene Nachtschubladel kann sich von der Ermordeten selbst dort hin gelegt worden sein, einmal das Zimmer sonst in einem ordentlichen Zustande vorhanden worden ist und auch die Kleidungsstücke zusammengelegt auf einem Stuhle lagen.

Die am Sonnabend nachmittag vorgenommenen, Obduktion der Leiche hat ergeben, daß ein Hals- und ein Bruststück tödliche Wirkung hatten. Daß die Ermordete noch Widerstand geleistet hat, läßt sich aus einer Schnittwunde der linken Hand mutmaßen. Wahrscheinlich wollte sie mit der Hand einen Abwehrversuch machen und griff dabei in das Mordinstrument. Die Handverletzung deutet darauf hin, daß die Stiche mit einem einseitigen Messer ausgeführt worden sind. Die Untersuchung der Leiche hat weiterhin ergeben, daß ein intimer Verkehr vorher stattgefunden hat.

Ueber den Täter fehlt bis jetzt noch jede Spur. Es ist nicht festgestellt, durch welchen Ausgang er das Haus verlassen hat, da sich bis jetzt noch niemand gemeldet und darüber Angaben gemacht hat.

Auf der Suche nach dem Täter.

In der Nacht zum Sonnabend unternahm die Kriminalpolizei eine größere Fahndungstreife durch Breslau, bei der Personen festgenommen wurden, die aber bis auf drei Männer wieder entlassen worden sind. Unter den Festgenommenen, die allerdings nicht dem Mord in der Krullstraße zugeordnet werden können, sind zum Beispiel ein Mann, ein Ausweispapier eines 69 Jahre alten Müllers Eduard Langner sowie ein im Jahre 1882 ausgestelltes Arbeitsbuch bei sich hatte, das merkwürdigerweise gut erhalten und fast unbeschädigt ist. Da der Festgenommene keinesfalls das Aussehen eines 69jährigen Menschen hatte und überdies in allen seinen Papiere kein Geld gefunden wurde — er hatte, trotzdem es sich durch die Untersuchung nur um ein wertloses Münzhandelsbuch, 167 Mark und ein Arbeitsbuch handelte — schenkte die Polizei ihm keine Beachtung. In der Folge getrieben, gefandt er schließlich, der 30 Jahre alte, am 1. November 1927 aus dem Arbeiterhaus in Breslau entlassene Friedrich Korfhauser zu sein. Er hat seit seiner Flucht vom Bettel gelebt. Wie einträglich dieses Leben für ihn gewesen sein muß, ergibt sich daraus, daß er sich in der Nacht zum Sonntag ein Knie hat verletzen lassen.

Abficht, in den nächsten Tagen in die Tschechoslowakei abjudampfen, hat der Bettler mit dem Bankkonto durch seine Festnahme aufgeben müssen. Die anderen Festgenommenen sind ein Reisender und ein Landwirt, die von den Staatsanwaltschaften Glogau und Sitschberg festbrieflich verfolgt werden.

Die zahlreichen Brände.

die in der letzten Zeit stattfanden, mögen manchen unserer Leser daran erinnern haben, daß er seinen Hausstand wenig gewissenhaft verwaltet, wenn er ihn nicht gegen Feuerbrände versichert. Die Gefahr, die in dem Nichtversichertsein liegt, ist ungeheuer und trotzdem scheut sich so mancher Hausvater vor einem Versicherungsabficht. Vielleicht spielt auch oft die Frage eine Rolle, wo versichert man sich? Es dürfte einem großen Teil der Arbeiterschaft noch unbekannt sein, daß auf sicherer Grundlage, nämlich der „Volkshilfe“, eine genossenschaftliche Feuer- und Sachversicherungsgeellschaft, „Eigenhilfe“, sich Hamburg, ins Leben gerufen wurde. Alle noch nicht Versicherten sollten daher ihre Abfchlüsse nur der „Eigenhilfe“ übergeben. Die Agentur für Breslau und Umgegend hat der Konsum- und Sparverein „Vorwärts“, Breslau, Tauentzienstraße 131/133. Man schreibt eine Karte an obige Adresse, und informierte Vertrauensleute werden zu mäßigen Prämienraten die Aufnahme vornehmen. Es genügt auch ein telefonischer Anruf unter Ring 8560, 8561, 8562 oder eine Mitteilung an die nächste Verteilungsstelle des „Vorwärts“.

Gewerkschaftshaus-Vorfälle.

Bei jeder Filmvorführung mußten in der vergangenen Woche mehrere Hundert Besucher umkehren, weil die Sitzplätze ausverkauft waren. Am Dienstag und Mittwoch werden die lustigen Seelen Bat und Patashon nochmals lehmlich vorgeführt. Wir müssen aber dringend bitten, zeitig zu kommen. Es sind nur täglich zwei Vorführungen. Ändern unter sechs Jahren kann kein Zutritt gewährt werden.

Achtung, Kapitalarbeitsgemeinschaft!

Alle Teilnehmer treffen sich Dienstag, den 17. Januar, in der Margaretenstraße, Tauentzienstraße. Parteimitglieder, die die Grundbegriffe der Deconomie einigermaßen beherrschen, können sich melden.

Arbeiter-Bildungsausschuß Breslau!

Es wird daran erinnert, daß der Kursus in der „Englischen Sprache für Anfänger“ am

Dienstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr,

im Klassenzimmer 10 der Gewerkschule, Gartenstraße 27/29 beginnt. Wir bitten alle diejenigen, die sich gemeldet haben, pünktlich zur Stelle zu sein.

Die schlesischen Bürgermeister in Breslau.

Freitag abend fand in Breslau eine zwanglose Zusammenkunft der schlesischen Bürgermeister mit Vertretern der schlesischen Presse statt, die der Schlesische Städtetag eingeladen hatte, um Gelegenheit zu einer Aussprache über die aktuellen Fragen der deutschen Kommunalpolitik zu geben. Als Vertreter des Deutschen Städtetages nahm dessen Präses Dr. Spielernagel-Berlin, ferner die führenden Vorsitzendenmitglieder des Schlesischen Städtetages teil. In seiner Begrüßungsansprache wies Oberbürgermeister Dr. Wagner kurz auf den Zweck der Veranstaltung hin. Dr. Spielernagel skizzierte darauf des längeren die augenblicklichen Nöte der deutschen Städte. Eine Erleichterung dieser finanziellen Sorgen erhoffe man durch die Einführung der Getränkesteuer. Auf das Gebiet des Wohnungsbaues und der Wohnungsfürsorge eingehend, betonte er, daß die Bauvältigkeit der Städte auch seitens der Wirtschaft als notwendig und produktiv anerkannt werde. Hinsichtlich der Verwaltungsreform, die auch gerade von den Städten angestrebt und unterstützt werde, verlangte er, daß auch die Städte bei der Beratung der Verwaltungsreform hinzugezogen würden, da sie sehr stark an dieser Reform interessiert seien. Dann sprach Bürgermeister Fejae-Lützen über die Aufteilung der Gutsbezirke. Eingehend auf das Gesetz legte er einige Zahlen vor. Im Regierungsbezirk Breslau kommen circa 1400, in Pommern 1350 und in Ostpreußen 750 Gutsbezirke zur Auflösung. Die Auflösung dieser Gutsbezirke bringe eine wesentliche Vereinfachung des Behördenapparates mit sich. Bei der Auflösung müssen aber auch die wirtschaftlichen Einheiten berücksichtigt werden. Die Schaffung kleiner, nicht leistungsfähiger Gemeinden und die Zuteilung der Gutsbezirke an diese sei zwecklos. Hand in Hand wollen die Städte mit dem Land gehen im Interesse des Gemeinwohles.

Arbeiterkern im Obdort.

Mittwoch, 8 Uhr, im Heim Waterloostraße wollen wir uns über „Die roten Falten, ihre Arbeiten und ihre Kleidung“ unterhalten. Da jetzt alle älteren Kinder fallen werden, so ist euer Erscheinen unbedingt erforderlich.

Wege im Urwald.

Die Wegeverhältnisse der Charlottenstraße, zwischen Kopisch- und Senastraße, spotten jeder Beschreibung. Man muß nur an Regentagen einmal durch den fufshohen Dreck dieser Straße gewatet sein, um zu spüren, wie gänzlich unmöglich ein mehrmaliges Passieren dieser Straße ist. Bei Frostwetter kann man sich Hals und Beine brechen. Heutiges Wetter hat unweigerlich Verpfanden im Morast zur Folge. Kleider und Schuhwerk werden unbrauchbar. Nachdem wir Anwohner jahrelang vergeblich Pflasterung erwarten, erhoffen wir nun jetzt schleunigste Abhilfe. W. K., Haußstraße.

Die Finanzpolitik und der Einzelhandel.

Genosse Frey gegen Dr. Tiburtius-Berlin.

In einer Mitgliederversammlung des Vereins des Breslauer Einzelhandels, die im Hotel „Bier Jahreszeiten“ abgehalten wurde, sprach Oberrentierstat a. D. Dr. Tiburtius-Berlin, der Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Hauptgenossenschaft des Deutschen Einzelhandels ist, über obiges Thema. Die Ausführungen hatten eine ganz eigenartige Note. Ohne Zweifel ist Herr Tiburtius ein guter Kenner des Reichswirtschafts, doch kritisierte er mit außerordentlicher Geschwindigkeit den Etat nur an den Stellen, an denen er nicht so deutlich die Kennzeichen der völlig verfahrenen Finanzwirtschaft im Reiche zeigte. Einzelne Bestimmungen des Herrn Tiburtius verdienen festgehalten zu werden, um bei den kommenden Wahlen dem Einzelhandel zu zeigen, wie seine Vertretung aussieht. Herr Tiburtius wies auf die Steigerung des Reichsetats gegen 1924 hin, um den Weg zu zeigen, wo geholt werden könnte. Die Tendenz seiner Ausführungen war eine einzige Entladung gegen die Kommunen. So behauptete er zum Beispiel, daß in den früheren Stadtparlamenten, als noch das Hausbesitzerprivileg und der Wahlmodus herrschte, der den Besitzenden die besondere Rechte einräumte, diejenigen über die Gewerbesteuer zu bestimmen hatten, die die Steuern bezahlen mußten, im Gegensatz zu jetzt,

wo in den Stadtparlamenten diejenigen über die Gewerbesteuer entscheiden, die sie nicht zu zahlen brauchen. Herr Tiburtius bemerkte mehrmals ironisch, als er über die kommunale Finanzwirtschaft sprach, daß er selbstverständlich Breslau damit nicht meine. Er forderte eine strenge Kontrolle der Stadtverwaltungen durch den Reichsfinanzminister und den Sparkommissar. Den Einheitsstaat berührte er nur sehr vorfichtig, indem er sich über das Steuervereinfachungsgezeig ausließ.

Genosse Frey stellte in der Debatte verschiedene offensichtlich Unrichtigkeiten fest, und die alsbald einsetzende Unruhe bei einem Teile der Mitglieder bewies, daß Genosse Frey hier mit großem Geschick den Finger in die Wunde gelegt hatte. Er sagte unter anderem, daß wir bis zum Jahre 1924 eine kommunale Mehrheit von denjenigen hatten, die die Gewerbesteuer nicht zu zahlen brauchen, während seitdem eine starke Mehrheit derjenigen Kreise besteht, die als Gewerbesteuerzahler in der Hauptsache angesprochen werden können. Er fragte dann die Versammlung, die ja das aus ihren Rechenbüchern genau feststellen könne, zu welcher Zeit sie weniger Steuern zu zahlen selbst habe. Besonders unangenehm war es Herrn Dr. Tiburtius, der in Gemeinschaft mit anderen Herren am Vorstandstische durch nervöse Zwischenrufe Genossen Frey aus dem Konzept bringen wollte, als Genosse Frey auf den wunderbaren Punkt des Reichsetats, auf den 700-Millionen-Etat der Reichswehr einging, und ihm nachwies, daß die deutsche Reichswehr, 100 000 Mann ohne moderne technische Ausrüstung, mehr kostete, als das preußische Friedensheer von 500 000 Mann, daß ferner allein die Reichswehrzentrale in Berlin im Jahre 1913, dem Rüstungsjahre, nur 3,4 Millionen brauchte und aus 619 Köpfen bestand, während die jetzige Reichswehr 11,3 Millionen für 82 Köpfe braucht bei einem Fünftel der Heeresstärke. Genosse Frey ging dann auf die Veranschlagung von Gewerkeidern durch die Reichswehr ein, unter besonderer Berücksichtigung des Hühnerstandals, bei dem die Reichsleistung 8 Millionen eingebüßt hat. Er warf die Frage auf, mit welcher stürmischen Jubel man unsere Unterhändler in Berlin begrüßt hätte, wenn sie diese Summe für den notleidenden Osten, besonders für Schlesien, von Berlin erhalten hätten. Dort 8 Millionen verkleinert, und hier mit Mühe und Not wenige hunderttausend Mark für eine notleidende Provinz. Genosse Frey unterzog dann die Finanz- und Anleihepolitik Schachts einer scharfen Kritik und kam zu dem Schluß, daß nachdem Equiva aus der Demokratischen Partei ausgeföhren war, aus derjenigen Partei, die ihm im Vertrauen auf seine wirtschaftliche Loyalität und Neutralität zu seinem Amte verholfen hatte, daß er nunmehr ein gefügiges Werkzeug in den Händen der Rechtsparteien sei. Genosse Frey kam dann in seinen Ausführungen zu dem Schluß, daß der Einzelhandel nicht dazu da ist, dem Großkapital und der Schwerindustrie, die ihn durch Kartelle und Syndikate dauernd schädigen und bedrängen, politische Vorspanndienste zu leisten, sondern daß er Schulter an Schulter mit der Verbraucherenschaft, mit der er auf Geduld und Verderb verbunden ist, sich gegen diese einseitige Interessenwirtschaft, die jetzt in Berlin zum Schaden der Allgemeinheit getrieben wird, wehren muß, weil ihm sonst überhaupt nicht mehr zu helfen ist. Die Wirtschaftsfragen werden in den Parlamenten geregelt, und der Einzelhändler soll sich diejenigen Vertreter genau ansehen, die gegen ihn einseitige Interessenwirtschaft treiben.

Auch Stadtrat Brendgen wies in der Debatte mit scharfen Worten darauf hin, daß der Einzelhändler sich mehr für ihre Vertreter in den Parlamenten interessieren sollten, und daß nur auf parlamentarischem Wege die einseitige Interessenwirtschaft beseitigt werden kann.

Herr Dr. Tiburtius machte sich es in seinem Schlußwort in wenig ritterlicher Weise sehr leicht, indem er die Reden des Genossen Frey und des Stadtrats Brendgen als Raufreden zu bezeichnen beliebte. Er polemisierte gegen Genossen Frey und sonderbarer Weise über Dinge, die dieser gar nicht behauptet hatte. Auf die ungeheure steuerliche Belastung, die der Reichswehrstaat darstellte, ging er nur mit ganz wenigen, nichtsagenden Worten ein.

Vielleicht ist aber doch so manchem Gewerbetreibenden durch die Ausführungen des Genossen Frey die Erkenntnis aufgedämmert, daß er politisch an der Seite seiner natürlichsten Bundesgenossen, der Verbraucherenschaft, den Kampf zu führen hat.

To Kha

hat seinen „Todesstich“ am Sonnabend programmäßig beendet. Allzuviel Beachtung hat sein Experiment beim Breslauer Publikum nicht gefunden. Manche meinen, daß es sich um einen Schwindel handelt. Das ist möglich, aber so lange er nicht aufgedeckt wird, darf man wohl den natürlichen Erklärungen glauben, die der bei Vortrag gastierende Zauberkünstler Szandz-Sandz vor Publikumvertretern gegeben hat, über die wir am Dienstag berichten werden. Danach handelt es sich um eine Übung im ippalamen Verbrauch von Luft, wie sie bei Wüstenbewohnern, die sich bei einem nahenden Sandsturm eintragen müssen, gebräuchlich ist. To Kha lebt unten, solange die Luft reicht, und sein autogestellter Schlafzustand läßt ihn das Unangenehme des Experiments wenig empfinden.

* Silberhochzeit feierte am gestrigen Sonntag der Genosse Maurer Paul Krause, mit seiner Ehefrau. Genosse Krause ist über 25 Jahre gewerkschaftlich im Bauergewerksbund und über 20 Jahre politisch in der SPD organisiert. Auch seine Frau ist langjähriges Parteimitglied und beide ständige Leser der „Volkswacht“. Wir wünschen dem Paare viel Glück für seine fernere Zukunft.

* Ehrenvolles Alter. Ihren 80. Geburtstag feiert heute die Witwe Ernestine Jander. Ihre beiden Söhne Oskar und Arthur Jander, beide fleißige Parteigenossen und eifrige Diktiratskämpfer, hat sie im Kriege opfern müssen. Beide Söhne dürften noch bei vielen unserer Genossen in lebendiger Erinnerung sein. Gegenwärtig lebt die Greisin bei ihrer Tochter und ihrem Schwiegersohn Max Wolf, Polenzstraße 40. Sie ist noch immer eine fleißige Leserin der „Volkswacht“. Wir wünschen ihr noch einen langen und sonnigen Lebensabend!

* Professor Dr. Ludwig Quide kommt bestimmt nach Breslau. Entgegen einer Meldung, nach der der Nobelpreisträger in der kommenden Woche zum Besuche anderer Städte erwartet werden soll, sei ausdrücklich festgesetzt, daß Professor Dr. Quide seiner den Breslauer Freunden gegebenen Zusage mit Sicherheit Folge leisten wird. Sein für Donnerstag, den 19. Januar, im Mozartsaal der Hermann-Loge, Museumplatz, angelegter Vortrag bezieht sich bereits dem regen Interesse weiterer Kreise unserer Heimatprovinz. Zur Leitung der Veranstaltung, die feilschen Charakter tragen soll, hat sich Herr Dr. Waldemar v. G r u m b l o w freundlich bereit erklärt.

* 25 Jahre Breslauer Markthallen. Am 16. Januar 1903 — also heute vor 25 Jahren — beschloß die Breslauer Stadtverordnetenversammlung den Bau je einer Markthalle am Ritterplatz und Gartenstraße/Friedrichstraße.



Die Stichtungs-Gesellschaft Breslau nicht bekannt, daß die

wöchentlich von 10 bis 12 Uhr ausliegende Bewerberliste ab

Montag, den 23. Januar, bis auf weiteres geschlossen wird.

Breslauer Volkshochschule. Wir weisen auf die Kurse

des Geschäftsführers des Einzelhandels Dr. A. Hirschfeld:

1. Handel und Industrie im Rahmen der praktischen Volkswirtschaftslehre

2. Ubergangstaktik (wirtschafts- politische Zwiegespräche über Tagesfragen) nochmals hin, die

besonders zu empfehlen sind.

Die Ausstellung der Wettbewerbsentwürfe für den Neubau

der höheren Lehranstalten in Müllisch und Gubrau wird bis

einließlich den 19. Januar verlängert. Die Ausstellung befindet

sich im III. Stock des ehemaligen Lehrerinnen-Seminars auf der

Erstaplatzstraße. Sie ist von 9 bis 15 Uhr geöffnet.

Der Ringereitert in Jirkus Busch nahm am Sonn-

abend und Sonntag in abwechselnder Weise seinen Fort-

gang. Ahrens und Klich leiteten am Sonnabend die Kämpfe

ein, doch erbrachten zwei Gänge noch kein Ergebnis. Darauf

rang erstmalig Willing-Berlin mit Vierholz. Er trieb

den Sieg schon nach fünf Minuten 30 Sekunden an sich. Nun

standen sich Schulz und Prochaska gegenüber, um bis zur

Entscheidung zu kämpfen. Prochaska gelang es, im zweiten Gang

einen gut liegenden Doppelpass zu fallen, den Schulz zwar zuerst

zu hängen vermochte, aber demselben Griff schließlich doch ehren-

voll unterlag. Ein sich daran anschließender im freien Stil

durchgeführter Entscheidungskampf außer Konkurrenz zwischen

Suhstian und dem Schweizer Grünsisen endete nach

wiederholten Kampfzügen zu je 7 Minuten mit einem Siege

Suhstians. Am Sonntag war wieder Ahrens, ein vorzüglicher

Ringler, im ersten Treffen vertreten; er machte seine Kräfte mit dem

ihm an Gewicht überlegenen Spewacet. Der Kampf selbst

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 36 Telefon: D 16 52

Direkt 7. Mittwoch abend bei Art, Berliner Straße 82, Frauenverjam-

lung. Referent Dr. med. K. von Spritz über „Geschlechtskrankheiten und ihre

Bekämpfung“. Direkt 11. Heute abend bei Gottschalk, Leuthenstraße 27, wichtige Diskus-

sion. Direkt 12. Die Frauenversammlung findet heute abend nicht bei Weis-

sonders bei D 16 52, Berliner Straße 82, 12. St. Direkt 13/14. Heute abend

findet in unserer Frauenversammlung Ge- noße Dr. Br n b a m über „Geschlechtskrankheiten und deren Bekämpfung“.

Jungsozialistische Arbeitervereine. Gruppe Popelwitz-Nikolaitor. Kreisfesttage. Unsere Gruppe kommt in dieser

Woche schon Dienstag zusammen. Thema: „Die politische Zeitung“. Referent:

W. L u b w i g. Gruppe Streblener Tor-Gräbchen. Parade. Mittwoch, 20 Uhr, Arbeits-

gemeinschaft „Kapitalismus und Sozialismus“. Thema des Abends: „Das Arbeits-

lohn“. Gruppe Chlauer Tor. Brodauers Schule. Freitag, 20 Uhr, Vortrag des Ge-

noßen L e w o y: „Die Opposition in der 3. Internationale“. Sozialistische Arbeiterjugend.

Kassierer! Montag, den 16. Januar, sind bestimmt die Januarzeitungen in

der Parteischule in der Zeit von 19-21 Uhr abzugeben. Desgleichen rechnen die

Obleute die Eintrittskarten für die Weihnachts-Kassa-Kugeln-Verlosung ab.

Wochenrat der Arbeiterkinderfreunde. Gruppe 1. Montag, 5 Uhr, Vorträge-Gruppe Kalkin. Heim Olsener Schule.

Wittmoos, 5 Uhr, Jüngere-Gruppe Unterströmung. Donnerstag, 5 Uhr, Arbeits-

gemeinschaft Kalkin-Gruppe. Freitag, 5 Uhr, Jüngere-Gruppe Kalkin. Ver-

treibt nicht das Kinderfreundend mitzubringen. Gruppe 2. Montag, 5 Uhr, im Heim

Naturgeschichtliche Erzählungen. Mitt- wooh, 5 Uhr, kommen nur die Jüngere

zusammen. Wir lesen lustige Ge- schichten von Peter Stoll. Donnerstag, 5

Nach 4 X

unsere Erlebnisse

auf hoher See

Pat und Patachen

die besten Eisportsegler, Walfischjäger!

Seeleute.

Der Todesboxer

Dazu Kulturfilme - Üblcho Preise.

Dienstag, den 17. Januar, und

Nur Mittwoch, den 18. Januar, 3 u. 8 Uhr

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

Kindern unter 6 Jahren ist der Zutritt verboten!

Landkreis Breslau/Neumarkt.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

Verammlungskalender.

Achtung! Achtung!

Reichstagsabgeordnete Genossin Anforge

spricht in

Schmolz Dienstag, den 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in

öffentlicher Versammlung bei Rabis. Genossin Anforge ist eine

eine gute Rednerin. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Grüneiche. Generalversammlung der Partei.

Am 10. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige General-

versammlung ab. Einleitend hierzu hielt Genosse Jüttner einen

lehrreichen Vortrag über: „Unser Weg und Ziel“. In der Aus-

sprache beteiligte sich Genosse Goede und untertrug nochmals

mit warmen Worten die Rede des Genossen Jüttner. Hierauf

folgte der Geschäfts- und Kassenbericht mit der erfreulichen Wahr-

nehmung, daß sich unsere Mitgliederzahl von 38 auf 61 Mitglieder

erhöht hat, worauf die Neuwahl des gesamten Ortsgruppen-Vor-

standes erfolgte. Wiedergewählt wurden die Genossen Bruno

Jüttner, 1. Ortsgruppen-Vorsitzender, Heinrich Kehler, 2.

Vorsitzender, Franz K o t k i, Schriftführer, Walter G r u n i g,

1. Kassierer, Paul B r e u k, 2. Kassierer, Karl B e n s c h, Willig

S ö h n, Revisoren, Albin G o e d e, Paul K u g e, Beisitzer. Zur

Generalversammlung des Unterbezirks am 12. Februar wurden

die Genossen Kehler und Kottitz delegiert. Zur Frauenkonferenz

(Frauentag) die Genossinnen Frau Jüttner und Goede delegiert.

Amliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 14. Januar.

1 Pfund Sterling.....	20,46	100 franz. Francs	16,495
1 Dollar	4,1855	100 österr. Kronen	12,435
100 holl. Gulden	169,24	100 Schweizer Francs.....	80,82
100 Belg. = 500 Franken ..	53,495	100 Belgier	71,58
100 nord. Kronen	111,57	100 österr. Kronen	112,80
100 Danzig. Gulden	11,79	100 Pfund	73,28
100 Lit.	22,185	100 österr. Schilling	59,075
100 holl. Kronen	112,42	100 Stotn	46,975

Wasserstand

16. Januar.

Kattbör	1,66	Kanien (Unter-Regel)	3,30
Reiße (Stadt) vom 15. 1.	0,05	Dukernurth	2,55
Reißerhöhung (Unter-Regel) ..	2,62	Außflusmenge lehrlich 197 cbm	
Briesa (Makentkan)	3,04	Wirttemberg vom 15. 1.	1,82
Treichen	1,64	Walterswäme 0,0°	

Breslauer Produktentörse vom 14. Januar.

Amliche Notierungen der an der Breslauer Produktentörse vom

14. Januar 1923 gehaltenen Preise in Reichsmark bei heutiger Realität (nur

für nationale alt der Erzeugerpreis) rüchfrei: Breslau in vollen Waggon-

ladungen. Tendenz: Gelegentl. Wenig Geschäft. - Mehl: Stetig.

Sämereien: Geschäftlos.

Tägliche amliche Notierungen (100 kg)		14.		13.	
Getreide	14.	13.	Getreide	14.	13.
Weiz. 74kg C.G.* 25,50	25,5	25,5	Weizen Art und		
Roggen 71kg* 26,00	26,00	26,00	Güte legt. Ernte		
Dinkel* 29,90	29,9	29,9	Winterweizen ..		33,00
Fruchtweizen 27,00	27,00	27,00	Winterweizen ..		27,00
Fruchtweizen 25,00	25,00	25,00	Winterweizen ..		32,00
Unverarbeitete ..			Winterweizen ..		32,00
etwähl. Winterweizen* 22,00	22,00	22,00	Winterweizen ..		68,00

Amliche Notierung für Mählenerzeugnisse (je 100 kg)

14.		13.		14.		13.	
Weizenmehl	36,25	36,25	Auszugmehl	42,00	42,00		
Roggenmehl	36,25	36,25					

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70 Proz.

letztere Sorten werden höher bezahlt.

Sämereien, Landware (für 50 kg).

Durchschnittsware		Durchschnittsware			
Landware (gereinigt)		Landware (gereinigt)			
Kartoffel	55,00	55,00	Limotha		15,00
die poln.			Tannenholz ..		
Reis			Luzerne, Bron ..		
Gerste	50,00	70,00	Kartoffel		
Gelbweizen ..			Serabella		
Winterweizen ..					

Bereinstatender.

Reinigungsarbeiten. Montag, den 18. Januar, 20 Uhr, Zimmer 6.

Kattischer Wetterbericht

Das Wetter im Gebirge: Von den nachfolgenden Stationen werden der Höhe nach Angaben gemacht

Briefkasten.

Bei Anfragen nach dem Inhalt eines Briefkastens bitten wir um

Eingefandt.

Unter dieser Rubrik werden alle eingekaufte Gegenstände aus anderen

Der Deal des Hanswursts an der Kriegsernte.

Wenn Hanswurst, wie es immer mit ihm ist, sich mit dem Bild

Breslauer Filmbeitil.

Die Höhe der Jugendzeit in das Jugendparadies mit seinen höchsten Gipfeln, der

Bei Gicht, Rheuma, Ischias, Nerven- u. Kopfschmerz, Grippe, Erkältungskrankheiten

Ich bin ein hoch-erfahrener Herrmann. Ein Versuch überzeugt!

Kein Mensch ist so krank wie ich bin, wenn Sie Ihren Arzt!



Druckerei Volkswacht

Breslau 2, Finkstraße 4/5

Die Frivolitäten des Franz Blei

in schön karioniertem Bände.

Preis nur 50 Pf. in den

Volkswacht-Buchhandlungen

Neue Gruppen-straße 5, Neue Taschen-straße 11

Beamte und Bürgerblut.

Was der Befehlshaber an reaktionärer Beamtenpolitik verborgen hat, müßte eigentlich vollst. genügen, um auch den letzten Beamten aus dem Lager der hinter ihm stehenden politischen Parteien zu treiben. Das Beamten-Verbreitungsgeleise ist durch die bürgerlichen Parteien in die Verfestung befördert worden. Mehrfache Anträge der Sozialdemokratie auf Wiedergutmachung der Juni-Befehlsung vom Jahre 1924 sind durch die bürgerlichen Parteien abgelehnt worden. Gegen den SPD-Antrag vom 25. Juni 1924 auf sofortige Einstellung des Personalabbaues haben die bürgerlichen Parteien ebenso gestimmt wie gegen die Anträge auf Verlängerung des Urlaubs und die gesetzliche Regelung der Dienstzeit der Beamten im Sommer 1924. Wenn die zu dem Entwurf der Reichsdienstverfassung von den Linksparteien gestellten Anträge durch die bürgerlichen Parteien zu Fall gebracht wurden, dann nur zu dem Zweck, den Geist des von dem ehemaligen Staatsminister Dr. Drews als „mittelfränkisches Inquisitionsverfahren“ gekennzeichneten Disziplinargesetzes in die neue Zeit hinüberzureiten.

Das ist das Ziel der Bürgerblutparteien: Diktat klassischer Arbeitsbedingungen, niedriger Löhne und hoher Arbeitszeit. Die Bürgerblutparteien denken nicht daran, den aus der modernen Entwicklung sich ergebenden Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Sie huldigen der Parole des Grafen Westarp, der vor kurzem in Pirmasens erklärt hat: „Wir lehnen auch den Gedanken ab, daß man den deutschen Arbeiter durch Entgegenkommen an die Sozialdemokratie in die verantwortungsvolle Mitarbeit am Staate und in die Volksgemeinschaft hinein führen könne.“ Die Bürgerblutparteien denken nicht daran, den Beamten Rechte zuzugestehen, die ihre Stellung im Volksstaat besser als bisher sichern.

Am Klüglichsten hat die Beamtenpolitik des Bürgerbluts in der Befehlsung verlagert. Trotz der großen Versprechungen zeigt der Aufbau der Befehlsung denselben unsozialen Einschlag, der auch die in der Wirtschaft von den Arbeitgebern angewandten Methoden kennzeichnet. Man mißt eben die Beamtenmassen genau so wie die Arbeiter nicht über die Grenze proletarischer Daseins hinauskommen lassen. Wenn in der Politik stets die Logik bestimmend wäre, dann müßte schon die Befehlsreform die Beamten zu natürlichen Feinden derjenigen politischen Gruppen

machen, die mit ihrem Diktat die Beamtenpolitik am sozialen Aufstieg verhindern. Leider zeigt die Erfahrung, daß die Beamten auch trotz der Befehlsreform zum großen Teil noch immer nicht wissen, wo ihre Feinde sitzen. Die Blauparteien geben sich natürlich redlich Mühe, die Beamtenpolitik daran zu hindern, daß sie ihre Arbeit in erster Linie deutlich und klar erkennen. Sie versuchen die Tatsache zu verschleiern, daß die Befehlsung nach denselben Gesetzen wie die Entlohnung der Arbeiter und Angestellten erfolgt. Würde die Beamtenpolitik diesen tatsächlichen Zustand klar erkennen, dann müßte das zu einer vollkommenen Umwälzung der beamtenpolitischen Praxis führen. Vor allem würde die reaktionäre Praxis von der Erhaltung des obrigkeitlichen Berufsbeamtenstandes verschwinden. Die Beamten müßten sich zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage mit den Arbeitern und Angestellten politisch zusammenschließen. Aber gerade das wollen ja die maßgebenden Kreise in der Wirtschaft und die Bürgerblutparteien verhindern, weil sie wissen, daß mit der Verwirklichung dieses Zusammenschlusses eine ernstliche Gefährdung ihrer eigenen Machtposition verbunden ist.

Die Gesundheit des Beamtenstandes kann nicht schematisch zum Beispiel durch automatische Sparmaßnahmen erreicht werden. Blutaufrischung und Verwaltungsreform sind die beiden Eckpfeiler, auf die der Bau eines neuzeitlichen Berufsbeamtenstandes sich stützen muß. Verwaltungsreform, natürlich nicht nach rein fiskalischen Gesichtspunkten, wie sie die Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom September 1925 verlangt hat, sondern Verwaltungsreform in Verbindung mit einer großzügigen Umgestaltung der Staatsbetriebe in der Richtung zum Einheitsstaat. So lange in der Republik, in den Verwaltungen die Praxis des Klassenstaates fortbesteht, kann von einer Erneuerung des Berufsbeamtenstandes nicht gesprochen werden. Will die Beamtenpolitik endlich in der Reformarbeit vorwärts kommen, dann muß sie sich im Wahljahr 1928 auf ihre Pflicht besinnen. Auch für die deutsche Beamtenpolitik ist das Wahl- und Kampfsjahr 1928 ein Jahr großer Entscheidungen, ein Jahr der Abrechnung mit dem Befehlshaber. Bei nächster Ueberlegung und Erkenntnis, daß das Verlagen des Bürgerbluts in den großen beamtenpolitischen Fragen nur die Folgewirkung seiner reaktionären und klassenstaatlichen Gesamtpolitik ist, kann auch für die Beamten die Parole im Wahljahr nur lauten: Weg mit dieser Bürgerblutregierung!

Wirtschaft.

Polens Kohlenausfuhr steigt wieder.

Als wir an dieser Stelle im Dezember den Rückgang der polnischen Kohlenausfuhr im November 1927 besprachen, haben wir gleich davor gewarnt, aus diesem einmaligen Rückgang nach dem regelmäßigen und dauernden Aufstieg des polnischen Kohlenexportes während des ganzen übrigen Jahres 1927 voreilig weitgehende Schlüsse zu ziehen und etwa folglich an einen dauernden Rückgang der polnischen Kohlenausfuhr zu glauben. Es könnte ebenso gut sein, daß es sich da um eine ganz vorübergehende Erscheinung handele. Diese Warnung hat sich inzwischen bereits als berechtigt erwiesen, denn im Dezember 1927 ist die Kohlenausfuhr gegen den Vormonat bereits wieder um 42 000 Tonnen gestiegen und betrug 1 028 000 Tonnen. Sie hat damit zwar den höchsten Stand vom Oktober 1927, in dem 1 077 000 Tonnen ausgeführt wurden, noch nicht wieder ganz erreicht, immerhin ist aber der Halbjahresdurchschnitt für das zweite Halbjahr 1927, der 1 021 000 Tonnen pro Monat betrug, schon wieder überschritten, und es zeigt sich, daß es vorläufig mit der rückläufigen Bewegung in der polnischen Kohlenausfuhr noch gute Wege hat. Uns scheinen deshalb die an manchen Stellen vorzuhäufigen Illusionen, daß die polnische Kohlenausfuhr den im letzten Jahr erreichten hohen Stand auf die Dauer nicht wird aufrechterhalten können, vorläufig wenigstens, unbegründet zu sein. Bei näherer Betrachtung erweist sich vielmehr, daß auch die Vermutungen, die an einzelnen Stellen in bezug auf die Konkurrenz der englischen Kohle ausgesprochen wurden, zum mindesten voreilig sind. Wenn da vermutet wird, daß die billigere englische Kohle die polnische, vor allen Dingen in den skandinavischen Ländern, teilweise vom Markt verdrängen werde, so entspricht das wenigstens bislang nicht den vorliegenden Zahlen. In den letzten drei Monaten ist die Kohlenausfuhr Polens nach dem am weitesten am meisten gefährdeten Dänemark von 129 000 Tonnen im Oktober auf 141 000 Tonnen im Dezember gestiegen, nach Schweden ist sie in der gleichen Zeit etwas zurückgegangen, während sie nach Norwegen ebenfalls nicht unbedeutend gestiegen ist. England wird sich also zum mindesten noch außerordentliche Mühe geben müssen, wenn es ihm gelingen soll, die Kohlenausfuhr nach diesen Ländern zu unterbinden. Jedenfalls wird die weitere Entwicklung erst abgewartet werden müssen, ehe man endgültig beurteilen kann, ob wirklich eine Wende in der polnischen Kohlenausfuhr eingetreten ist.

Der Einheitsverband sozialistischer Handel- und Gewerbetreibenden.

Siehe Lebia, konnte nach Abschluß der Verhandlungen mit dem Parteivorstand der SPD und dem Bundesvorstand des ADGB im März 1927 seine Mitgliederzahl um rund 100 Prozent steigern. In den verschiedenen Teilen des Reiches wurden neue Ortsgruppen gegründet. Der Einfluß der jungen Organisation auf die wirtschaftlichen und sozialen Körperlichkeiten (Krankenkassen, Arbeitsgerichte, Arbeitsnachweiser, Handwerks- und Handelskammer, Steuerauslässe usw.) konnte wesentlich gestärkt werden. Es gelang, durch aufopferungsvolle Arbeit der Organisationsvertreter manche spärliche und längst veraltete Innungsmeierei reaktionärer Innungsmeister und schamacherischer Unternehmer zu durchkreuzen und unwirksam zu machen.

Der nächste Verbandstag der Organisation findet im Frühjahr in Hannover statt. Er wird für den Verband von besonderer Bedeutung werden, insbesondere soll seine Arbeit den Kreisen der Handel- und Gewerbetreibenden und den freien Betrieben gewidmet sein.

Kartellierung der europäischen Deilmühle?

In London hat kürzlich, wie uns geschrieben wird, eine Konferenz zwischen den wichtigsten Vertretern der europäischen Deilmühlindustrie stattgefunden. Auf der Tagung wurde der Plan erörtert, die Deilmühlindustrie in ganz Europa nach dem Muster des internationalen Kohlenkartells zu veranlassen zu schließen. Die Verhandlungen standen stark unter dem Einfluß der schwedischen Deilmühlindustrie, die seit langem stark konzentriert ist. Sollte das europäische Deilmühlkartell zusammenkommen, so handelt es sich um die internationale Kartellierung eines Wirtschaftszweiges, der eine Produktion von rund 2 Milliarden Mark pro Jahr aufweisen kann. Die Tagung erklärte sich mit dem Projekt grundsätzlich einverstanden. Es wurde auch ein vorbereiteter Ausschuß gewählt, dem Vertreter Deutschlands, Englands, Skandinaviens, Belgiens und Hollands angehören.

Die deutsche Kohlenausfuhr im Monat November 1927 wird vom Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller mit 1 400 690 Tonnen angegeben gegenüber 1 414 481 Tonnen im Oktober 1927 und 1 258 058 Tonnen im November 1926. Es ergibt sich gegenüber dem Monat Oktober eine um 13 791 Tonnen verringerte Leistung. Gegenüber dem Monat August 1927, der die größte Kohlenausfuhr in der Nachkriegszeit aufweist, beträgt die Verringerung 31 420 Tonnen. Arbeitstäglich wurden im November 53 873 Tonnen (im Oktober 54 408 Tonnen) hergestellt. Aus der Tatsache, daß sich im November die Kohlenausfuhr ermäßigt hat, kann man nicht auf die Marktlage schließen. Es muß vielmehr festgestellt werden, daß die Nachfrage nach wie vor groß ist und daß gerade in den Monaten November und Dezember englischer Stahl mehr als früher nach Deutschland eingeführt worden ist. — Wie bei der Kohlenausfuhr ergibt sich bei den deutschen Walzwerken für den Monat November 1927 eine verringerte Leistung. Die Produktion der deutschen Walzwerke ging, verglichen mit dem Vormonat, im November von 1 112 170 Tonnen auf 1 053 930 Tonnen zurück. Im November des Vorjahres betrug die Produktion 1 091 506 Tonnen. Die arbeitstäglich Leistung stellt sich im November auf 42 560 Tonnen gegenüber 42 776 Tonnen im Oktober 1927 und 40 060 Tonnen im November 1926.

4460 deutsche Lustspieltheater gibt es nach den Ermittlungen des neuen Reichskinoadressbuches für 1928. Die Zahl der Sitzplätze ist mit 1 688 485 angegeben. Im Laufe des letzten Jahres (1927) sind 197 Lustspielhäuser mit einem Durchschnittsausstattungsvermögen von 800 Plätzen neu erbaut worden.

Fünf Jahre Tschernowez. Die Moskauer Zeitungen widmen dem fünfjährigen Bestehen der Tschernowezwährung eine Reihe von Artikeln. Es wird erwähnt, daß es sich um ein durchaus stabiles Geldsystem handle, das entscheidend beigetragen habe zur bisherigen Entwicklung des gesamten rüstestaatlichen Wirtschaftslebens. Freilich werde der Tschernowez nur so lange fest bleiben, als der Haushaltsplan rational aufgebaut sein würde. Bisher habe man so manche Erschütterung überstanden. Die schon vor einiger Zeit aufgeworfene Frage, ob die Kaufkraft des Tschernowez zu leben sei, harre noch der Regelung. Nach den Angaben des Handelskommissariats ist der Geldumlauf von 175 Millionen im Wirtschaftsjahr 1926/27 auf 142,8 Millionen im Jahre 1927/28 angewachsen, der Umsatz des staatlichen Handels und der staatlichen Industrie aber im selben Zeitraum von 7719 auf 22 873,1 Millionen.

Die Warenzufuhr der Schweiz machte im Jahre 1927 = 2569,8 Millionen Francs (1926 = 2414 Millionen Francs) und die Wareneinfuhr 2022,9 Millionen Francs (1926 = 2163,5 Millionen Francs) aus.

Tagung des IG B. in Berlin.

Vorstand und Ausschuh des Internationalen Gewerkschaftsbundes treten heute (vom 18. bis zum 20. Januar) zum erstenmal zu einer Tagung in Berlin zusammen. Der Vorstand hat gemäß dem Beschluß des Pariser Kongresses gleichzeitig eine Konferenz der Internationalen Berufssekretariate einberufen.

Das Programm der Tagung ist von außerordentlicher Bedeutung für die internationale Gewerkschaftsbewegung. Der Pariser Kongreß hat eine Reihe von wichtigen Fragen dem Ausschuh zur endgültigen Entscheidung überlassen, da auf dem Kongreß selbst eine Klärung nicht herbeigeführt werden konnte. Im Mittelpunkt der Verhandlungen werden die Reorganisationsfragen stehen.

Der Kongreß hatte grundsätzlich die Verlegung des Sitzes von Amsterdam nach einem anderen Land beschlossen, aber er hatte weder das Land selbst bestimmt, noch den Zeitpunkt für die Sigoerlegung festgelegt. Der entscheidende Gesichtspunkt ist, daß nur ein Land mit starker industrieller Entwicklung und einer starken Arbeiterbewegung für die Wahl in Frage kommen kann. Drei Länder sind vor allem in diesem Zusammenhang genannt worden: Belgien, Deutschland und die Schweiz.

Von nicht geringer Bedeutung ist die Wahl des Generalsekretärs. Der Kongreß hatte beschlossen, in Zukunft nur einen Sekretär anzustellen (bisher drei), aber keine bestimmten Kandidaten in Aussichtlag gebracht. Die Leitung des Sekretariats liegt vorläufig in den Händen von Johannes Salfenbach, der seit dem Jahre 1923 neben den in Paris nicht wiedergewählten Sekretären (Dubogest-Holland und Brown-England) die Geschäfte des IG B. führt.

Näher mit den Reorganisationsfragen wird sich der Ausschuh noch mit dem Aktionsprogramm des IG B. für das kommende Jahr beschäftigen.

Besondere Bedeutung kommt der Vorbereitung der nächsten internationalen Arbeitskonferenz in Genf zu, auf deren Tagesordnung u. a. die Frage der Festsetzung von Mindestlöhnen sowie der Unfallversicherung stehen. Zu beiden Fragen liegen dem Ausschuh Berichte des Vorstandes vor, die auf Mitteilungen der dem IG B. angeschlossenen Bundeszentralen und einiger Internationaler Berufssekretariate beruhen.

Gesundung in Gelsenkirchen.

Moskau bei den Ortsverwaltungswahlen im D. N. R. an die Wand gezeichnet.

Gelsenkirchen, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Bei den Ortsverwaltungswahlen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Gelsenkirchen erhielt die Richtung Amsterdam 719 Stimmen und die Richtung Moskau 239 Stimmen. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als vor zwei Jahren die Kommunisten noch die Verwaltung innehaben, und es damals der Amsterdamer Richtung nur mit einer Mehrheit von 30 Stimmen gelang, die kommunistische Verwaltung zu entfernen. Inzwischen hat die Amsterdamer Richtung, wie das obige Ergebnis zeigt, eine neue erfreuliche Stärkung erfahren.

Zu den Verhandlungen

über die Einlösung der Reichsangelegten.

Wie den Blättern mitgeteilt wird, sollen die abgebrochenen Verhandlungen mit den Angestellten des Reichs im Schlichtungsverfahren erledigt werden. Professor Dr. von Mölendorff ist als Schlichter bestellt. Er ist zurzeit nicht in Berlin und kehrt erst Ende des Monats hierher zurück. Man hofft, daß er die Verhandlungen zu einem günstigen Abschluß bringen werde.

Ausland in der schwedischen Eisenindustrie.

Stockholm, 15. Januar. Im Hinblick an den Rückgang der schwedischen Eisenindustrie beschlossen heute die Arbeiter der Grube Grängesberg, ab 23. Januar in den Auslands zu treten. Auch in den Gruben in Kiruna beschlossen die Arbeiter, am 23. Januar zu streiken. Der Grubenstreik wird diesem Tage an 8200 Mann umfassen.

Beruf, Berufsschulung und Wirtschaft.

Ueber diese Fragen referierte Kollege Werner in einer am Freitag abgehaltenen Vollversammlung des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Unter Bezugnahme auf das Sprichwort: „Handwerk hat goldenen Boden!“ führte der Redner aus, daß der Siegeszug der Maschine trotz Hochhaltung künstlerischer Gebräuche, Zwangsvereinigungen und Lehrlingsausbeutung durch die Handwerksmeister doch dazu geführt habe, daß das Handwerk heute am Boden liegt. Die Arbeit, die ein ständiger Quell der Schaffensfreude sein soll, ist im Zeitalter der Arbeitsteilung, in der eiserne Arme die kunstgeübte Hand des Handwerkers ersetzen, zur Qual geworden. Das Vordringen der Maschine, industrielle Fabrikation von Gebrauchsgütern haben dazu geführt, daß viele handwerkliche Berufe auf dem Aussterbeort angelangt sind. Dieser Umstand hat nicht nur dazu geführt, daß dem Nachwuchs der verschiedenen Handwerke die Lebenszeit geraubt worden ist, sondern er hat auch den Mitleid herbeigeführt, daß die kleinen Handwerksbetriebe ihr Dasein durch rüchloslose Lehrlingsausbeutung zu fristen suchen. Die in Breslau vorhandenen 180 Schlossereien beschäftigen beispielsweise 250 bis 300 Gesellen und 700 Lehrlinge, die in reichlich vollkommener rüchlosiger Werkstätten eine ganz ungenügende Ausbildung erhalten. Die Betätigung der Lehrlinge besteht oft während der Lehrzeit in einer dauernd gleichbleibenden Arbeit. Wenn auch nach Jungferbrauch die Freiprächung unter Begünstigungen erfolgt, so tritt doch in der Regel auch sofort das Gepein der Arbeitslosigkeit an den Ausgelernten heran, wenn er sich nicht bereitfindet, zu einem Hungerlohn zu arbeiten. Wenn auch die Gewerkschaften gegen die Lehrlingsausbeutung ankämpfen, so vermöchten sie trotz ihres Eindringens in die Gesellen- und Prüfungsausschüsse, die oft nur ein Scheinwesen führen, wenig auszurichten. In der Industrie sind die Lehrlinge zwar materiell besser gestellt, aber die Ausbildung beschränkt sich ebenfalls darauf, einen Arbeiterstamm heranzubilden, wie man ihn im Interesse des jeweiligen Betriebes braucht.

Die jahrelange Arbeitslosigkeit, durch die die Ausgelernten von ihrem an sich nur mangelhaft erlernten Handwerk wieder entfremdet werden, läßt ihnen den Weg ins Berufsleben zurück immer schwerer werden. Sucht heute ein Arbeitgeber eine Arbeitskraft, dann macht er sogleich dem Arbeitsamt zur Bedingung, ihm keinen Ausgelernten und keinen, der schon jahrelang aus dem Beruf herausgerissen ist, zu vermitteln. Es ist also heute den Arbeitsämtern unmöglich, viele der Arbeitsuchenden nicht mehr in ihre Berufe vermitteln zu können, weil dieselben in immer größerem Maße eingehen oder weil bei vielen Handwerkern durch mangelhafte Ausbildung oder langfristige Erwerbslosigkeit geringere Berufskennntnis zu verzeichnen ist. Um den Opfern dieser heutigen Wirtschaftswelt wieder einen Weg ins Berufsleben zu bahnen, bemühen sich die Arbeitsämter, Arbeits-Kurse einzurichten, in denen den Handwerkern, die sich schwach in ihrem Beruf fühlen, Gelegenheit gegeben werden soll, sich weitbewerbsfähig auszubilden. Aber nicht nur zur Ausbildung, sondern auch zur Umlernung spielen diese Kurse eine nicht unwesentliche Rolle. Auch das Arbeitsamt der Stadt Breslau ist sehr zur Einrichtung solcher Kurse übergegangen, die für die verschiedensten Berufe eingerichtet worden sind bzw. noch eingerichtet werden. Da für diese Kurse geeignete Lehrkräfte benötigt werden, dürfen die freien Gewerkschaften nicht verfehlen, ihren Einfluß auf die Gestaltung und die Lehrkräfte dieser Kurse geltend zu machen, da sich die Handwerksmeister stark an diese Kurse herandrängen. Zweck der Einrichtung ist, den langfristig oder mangelhaft ausgebildeten erwerbslosen Handwerkern die Möglichkeit zu geben, sie wieder den Weg in das Erwerbsleben finden läßt, denn auch die Ueberführung von nicht bodenkundigen Arbeitskräften in Industriebetriebe, die aufnahmefähig sind, hat nur Erfolg, wenn qualifizierte Kräfte zur Verfügung stehen. An Erfahrungen über den Wert dieser Ausbildungskurse hat man bis jetzt nur die gewonnen, daß die für die Einrichtung geschaffen wurde, wenig Interesse dafür zeigen, obwohl sie nur im Interesse der Opfer unserer heutigen Wirtschaft gedacht worden ist.

An den informativsten Vorzug dieses Hofes hat eine umfangreiche Aussprache, in der allgemein zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Gewerkschaften ihr Augenmerk auf diese Einrichtung wenden müssen, damit sie Einfluß auf die amtierenden Behörden nehmen und dafür sorgen können, daß den Interessenten die Beteiligung freigegeben wird, da ein Mitspracherecht als bedenklich anzusehen ist. Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften müsse aber bleiben, für eine Ueberführung der Reservearmee in den Produktionsbereich zu sorgen, und zwar durch die Erhaltung der Kaufkraft und einer dadurch gesteigerten Produktion möglich ist.

Nach einem kurzen Schlußwort des Redners, gab Kollege Tuffert nachfolgende Mitteilungen bekannt und schloß die anwesenden verlassene Versammlung.

Aus aller Welt.

Die Leichenberaubung im Wilmersdorfer Krematorium

Hat jetzt zu dem Tode eines Haftbefehlsgenossen gegen die beiden schwerbelasteten Angehörigen des Krematoriums, den Heizer Rychlich und den Maschinenführer Hille, geführt, die beide des schweren Diebstahls dringend verdächtig sind, obwohl sie ihre Tat bestreiten. Es scheint erwiesen, daß die beiden Verhafteten die Öffnung des Ganges in verkehrlicher Absicht vorgenommen haben. Der Inspektor des Krematoriums hatte am Montag das Personal darauf aufmerksam gemacht, daß sich im Munde der Leiche des Goldschmieds Winkler ein wertvolles Gebiß befände. Daraufhin waren Hille und Rychlich in den Bewahrungsraum gegangen, um sich die Leiche anzusehen. Beide wollten sich jetzt nicht mehr bekümmern, was sie dabei in dem Munde des Toten gesehen haben. Am Abend desselben Tages ging Hille, der behauptete, vom Leiter des Krematoriums die Erlaubnis zur Herausnahme des Goldgebisses zu haben, mit einem dritten Heizer wieder an die Leiche heran. Er hatte jetzt bereits eine Zange in der Hand, er will bei diesem Besuch aber nur noch ein paar Goldzähne in dem Munde des Toten gesehen haben. Hille hat sich im Verlaufe seiner Vernehmung in so viele Widersprüche verwickelt, und hat ferner so viele inzwischen widerlegte Behauptungen aufgestellt, daß er am schwersten belastet erscheint. Von dem geraubten Gebiß ist noch keine Spur gefunden worden.

Familiendrägödien

Am Sonnabend, früh um 8 Uhr, brachte der 57-jährige Oberlandesgerichtsrat Brunner-München in geistiger Unmündigkeit seinem 20-jährigen Sohne, der im vierten Semester Rechtsstudium absolvierte, einen lebensgefährlichen Schuß in die Seiten und jagte ihm dann selbst eine Kugel in den Kopf, die seinen sofortigen Tod herbeiführte. Brunner litt schon seit längerer Zeit an nervöser Ueberreizung und befiel sich wiederholt in Behandlung von Nervenärzten, doch verlor er seinen Verstand zur vollen Zuständigkeit. Seine schreckliche Tat verbrachte er nach dem Frühstück. In dem Aufkommen seines Sohnes, den die tödliche Kugel während des Schlafes traf, wird geurteilt.

In dem Dorfe Rostsch, in der Nähe von Wittenfeld, erzwang der in der Stellung für Grundbesitzer wohnende Bergmann Müller seine beiden Kinder im Alter von zwei und vier Jahren mit einem Schuß und erdrosselte sie dann selbst. Der Täter lebte seit einiger Zeit mit seiner Frau in Unfrieden und wollte sich scheiden lassen. Es wird angenommen, daß Müller wegen dieser Straftaten einen geistlichen Zusammenbruch erlitten und in der Verwirrung die Tat begangen hat.

Die jüdische Tragödie in der Hufelandstraße 28 im Norden Berlins, bei der sich in Abwesenheit ihres Mannes die Ehefrau Frau Maria Ritter mit ihren drei Kindern durch Gas tödlich vergiftete, ist auf verrätene Eheverhältnisse zurückzuführen. Der Mann hatte bei seinem Ausgange vor dem Unfallabend seiner Frau wieder verweigert, daß sie zu viel Geld ausgeben. Der vierzehnjährige, bei der Katastrophe mit ums Leben gekommene Sohn Paul hat vor der Unfallkatastrophe noch einen Abschiedsbrief geschrieben, in dem er die Absicht seiner Mutter mitteilt, gemeinsam mit den Kindern aus dem Leben zu scheiden.

Der mißglückte Refordversuch.

Der Versuch des amerikanischen Ablegers Chamberlin, den von deutschen Ablegern bisher gehaltenen Dauerrekord zu brechen, ist mißglückt. Chamberlin mußte am Sonntagabend nachmittags 304 Uhr infolge Versagens nach einer Flugdauer von 31 Stunden 33 Minuten und 43 Sekunden landen. Er hat damit zwar seinen eigenen Rekord von 1926 um rund 42 Minuten gebrochen, ist aber hinter dem Anfang August 1927 von dem deutschen Ableger Röhlich aufgestellten Dauerrekord um rund 30 Minuten zurückgeblieben. Die Landung des Ablegers verlief glücklich.

Ein Minenuchboot gesunken.

Das Minenuchboot „70“ der Reichsmarine, das auf der Wilhelmshavener Schiffswerft zur Reparatur lag, ist am Sonntag innerhalb zehn Minuten plötzlich gesunken. Der Grund, das zunächst mit dem Schervertel laufende Schiff mit Stahltrößen zu halten, ist fehl, da die Trößen versagten. Als Ursache des Unglücks wird ein durch starken Frost entstandener Unterwasserhaken angenommen.

Zugzusammenstoß im Bahnhof Wiener-Neustadt.

Im Bahnhof Wiener-Neustadt fuhr Freitag ein vierplanmäßiger Personenzug infolge dichten Nebels auf eine Vorbeifahrerin, wobei beide Lokomotiven sowie der Diesellokomotive und ein Personenzug beschädigt wurden. Durch den Zusammenstoß wurden 20 Personen verletzt. Die Verletzungen sind durchwegs leichterer Natur.

Fünf Kinder

in einer Vorstadt Philadelphias verbrannt.

In der Vorstadt Germantown bei Philadelphia wurde das Gemeindefest durch einen neunjährigen Knaben, der wahrscheinlich ein brennendes Hündchen halten ließ, in Brand gesetzt. Fünf Kinder fanden den Tod.

Einsturzgefahr bei einem Häuserblock.

Am Sonntagabend um 9 Uhr wurde die Vorderseite eines Häuserblocks nach dem Häuserbrand an der Ecke der Habel- und Wallstraße in Charlottenburg gefährlich. Auf dem Markt war die Veranlassung, daß der Block einstürzen würde. Die Veranlassung war dadurch verursacht, daß die städtischen Gaswerke die Gasuhr zu diesem Block bereits am Sonntagabend mittig sperrten. Der Feuerwehrtrotz jedoch an Ort und Stelle, daß eine Veranlassung zur Vermeidung des Einstürzes zu vermeiden, ist nicht möglich. Dadurch hielt es länger, die Bewohner der betroffenen Häuser, die ihre Wohnungen bereits verlassen hatten, zu evakuieren.

Der Raub in der Wohnung des ...

Der Kaufmann Erwin Beckmann, der in der Nacht vom 4. Februar 1927 in einem Hotelzimmer in Berlin ...



Die Verhaftung der französischen kommunistischen Kammermitglieder Cachin und Baillant-Couturier

bildet eine politische Sensation. Cachin (a) und Couturier (b) wurden nach Beendigung der Sitzung beim Verlassen des Kammergebäudes verhaftet. Marcel Cachin ist 1869 geboren, hat Philosophie studiert und war eine Zeitlang in höheren Lehrämtern tätig. Seit 1889 war er in der französischen Arbeiterpartei, dann als Beigeordneter in Bourdeaux und später als Stadtrat in Paris tätig. 1914 zum ersten Male in die Kammer gewählt, wurde er nach der Spaltung Führer der kommunistischen Partei. Paul Baillant-Couturier ist 1892 geboren, Advokat und Mitbegründer der pazifistischen Gruppe Clarté.



Gefährlicher Massensturz im Sechstagerrennen.

In der Nacht zum Sonntag kam es im Dortmunder Sechstagerrennen zu einem gefährlichen Massensturz. Vorher war bereits die Mannschaft Neumann-Dillberg so gefährlich, daß Neumanns bewußtlos von der Bahn getragen werden mußte und das Rennen nicht fortsetzen konnte. Als dann gegen 1 1/2 Uhr nachts die Mannschaft Kausch-Sürtgen zum Starte ansetzte, plagte dem Fahrer Vinari der Vorderreifen. Der Italiener trat infolge dessen mit Stöckeln und rutschte, so daß beide fielen und über sie hinweg sechs weitere Fahrer stürzten. Vinari und Stöckeln, Schmer, Kroll und Kroll blieben unbeschadet liegen. Das Rennen wurde daraufhin neutralisiert und erst nach einer halben Stunde zwischen den Italienern und Kroll wieder auf der Bahn. Dagegen blieb für Schmer-Kroll das Rennen weiterhin neutralisiert. Aber auch sie erlitten bald wieder. Am schwersten war Kroll betroffen, der böse und schmerzende Armverletzungen davongetragen hatte.

Auch nach der an beiden reichten Nachwertung überprüfte die Federerichte, ohne allzu viel Schaden davonzutragen. Am Sonntagabend um 11 Uhr war der Stand des Rennens wie folgt: Linda-Vinari 91 Punkte, Gabel-Stöckeln 88 Punkte, Dewolf-van Kempen 83 Punkte, Zanoni-Vorontz 63 Punkte, Brück-Schorn 63 Punkte, Kausch-Federerichte 60 Punkte, Schmer-Kroll 55 Punkte.

Untersuchung eines Obergerichtsvollziehers.

Das Große Schöffengericht Berlin verurteilte Sonntagabend den Obergerichtsvollzieher Pelcher wegen Amtsunterschlagung zu 10 Jahren in einer Strafkammer von einem Jahr Gefängnis.

Gekürzte Theateraufführung.

Im Stadttheater in Weiskensfeld mußte die Aufführung des Lustspiels „Die Schürzenmädchen“ unterbrochen werden, weil Unzufriedener Zuschauer auf die Bühnenvorhänge geschrien hatten. Die Schürzenmädchen konnten nur flüchtig abgelesen werden. Durch Spritzen und Säuren mußte erst der Vortrag vom Theaterleiter bestraft werden.

Der falsche Rechtsanwalt.

Ein getriebener Mann wurde in Berlin von der Polizei verhaftet. Ein Wilhelm Hagedorn aus Eberfeld, der unter diesem Namen bereits verurteilt ist. Er hat sich in der letzten Zeit in Berlin als falscher Rechtsanwalt herumgetrieben und zahlreiche Leute erhebliche Schäden an den Vermögenswerten zu verursachen und im Gerichtsweien wenig bemerkt waren. Sollte sich Ungemach als Rechtsanwalt ...

Doppelhändler in Berlin.

In der Wilhelmstraße in Berlin wurde am Sonntag ein zweifacher Doppelhändler erwischt. Man fand hier den 36 Jahre alten Kaufmann Willi Kroll mit der aus Jülich am 1. März 1927 ...

Töchterlebstod in Berlin.

In der Nähe von Berlin (Brandenburg) ereignete sich am Sonntag ein tragischer Fall. Ein 14-jähriges Mädchen wurde von einem ...

Rechtlicher Scheitler.

Der Dresdener gemeinliche Schöffengericht hat die 22 Jahre alte, wegen Diebstahls bereits verurteilte ...

Sturz in einer ...

In der Minenabteilerie der Deutschen Schiffsbauwerke in ...

Noch Eischwierigkeiten in der Seeschifffahrt.

Die Schifffahrt vom Swinemünder Hafen in See wird trotz des Tauwetters noch immer durch Treibeis behindert. Die Ausflüsse des Hafens führen Eis, so daß kleinere Schiffe oft in Gefahr kommen. Sie ziehen es deshalb vor, noch in Swinemünde liegen zu bleiben, bis die Verhältnisse besser geworden sind. Die Fischer können mit ihren Booten noch nicht auf die See hinaus.

Das Ende des falschen Arztes Schuchardt.

Der im Frühjahr als falscher Arzt entlarvte Hochstapler Schuchardt hatte sich, ehe die gegen ihn geführte Voruntersuchung beendet werden konnte, in der Irrenanstalt Geraberge, wohin er zur Beobachtung seines Geisteszustandes gebracht worden war, einen Schnitt in die Brust beigebracht und in die Wunde Federhaken, Messer etc. hineingesteckt. Er ist jetzt an den Folgen der dadurch hervorgerufenen Infektion gestorben.

Statt zur Hochzeit in den Tod.

Eine Trauung mit anschließendem Hochzeitsmahl, für den ein Paarmaler Hotel Auftrag bekommen hatte, mußte im letzten Augenblick unterbleiben, weil der Bräutigam, der aus der Provinz Hannover stammt und in Rothen-Clampenow (Kreis Randow) jetzt anlässlich ist, plötzlich erkrankt hatte, nicht mitmachen zu wollen. Die Braut, die im Alter von 28 Jahren steht, nahm sich den Vorfall so zu Herzen, daß sie sich auf dem Friedhof in Rothen-Clampenow mit einem leichten Taschentuch an einem Grabmal erhängte.

Erdstöß in Nachen.

In der Nacht zum Sonnabend, gegen 1.20 Uhr, wurde in Nachen ein kurzer Erdstöß wahrgenommen. Vereinzelt gerieten Möbelstücke in Bewegung.

Einsturz eines Gerüsts.

Bei den Rheinischen Lokomotivwerken brach am Freitag ein 15 Meter hohes Gerüst zusammen. Ein auf dem Gerüst stehender Arbeiter und ein an dem Gerüst sich aufhaltender Schloffer wurden unter den Trümmern begraben. Der Arbeiter ist seinen Verletzungen erlegen, der Schloffer liegt hoffnungslos darnieder.

Explosion in den Sächsischen Farbwerken.

Im Arbeitsraum des Zentrallaboratoriums der Sächsischen Farbwerke ist ein Gefäß mit Chlornitrobenzol explodiert. Dabei sind sieben Arbeiter verletzt worden. Die Verletzungen sind größtenteils leichter Art. Nur zwei der Verletzten mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Die Ursache der Explosion konnte noch nicht festgestellt werden. Der Sachschaden soll sehr bedeutend sein.

Städtetampfen Bremen—Spandau im Schwimmen.

Am Sonntag fand zwischen Spandau und Bremen ein Städtetampfen im Schwimmen statt. In der 10x200-Meter-Preispistafel blieben die Gäste der Spandauer mit fast 2 Minuten Unterschied unterlegen. Bremen siegte dagegen mit 10 Sekunden Vorsprung in der 12x100-Meter-Lagenstaffel, und mit 14 Sekunden Vorsprung in der 10x100-Meter-Rutschstaffel. Die Preispielfestspiele kamen sämtlich auf das Konto der Spandauer. Die beiden Wasserballspiele konnte Spandau dagegen gewinnen.

Warme Quellen bei Rüsselsheim.

Bei Erweiterungsbauten der Wasseranlage der Opelwerke in Rüsselsheim fließen die Arbeiter bei Tiefbohrungen auf warme Quellen. Die von der Direktion der Opelwerke angeordneten Untersuchungen führten zur Feststellung eines Warmwasserstroms und sollen durch Sachverständige weitergeleitet werden, um insbesondere festzustellen, ob dieser mit den Wiesbadener Quellen in irgendeinem Zusammenhang steht.

Wien Sieger im Fußballkampf Paris—Wien.

Der am Sonntag in Paris ausgetragene Fußball-Städtetampfen Paris—Wien wurde von der Wiener Mannschaft nach einem ausgezeichneten Kampfe mit 3:0 gewonnen.

Eine halbe Million unterschlagen.

Der Wiener Generalvertreter der namhaften englischen Radschiff-Motorradwerke Heller-Merritts mußte sich dem Landesgericht mit der Selbstbeurkundung, betragsmäßig Schulden und Unterschlagungen in der Höhe von 400.000 bis 500.000 Schilling gemacht zu haben. Heller-Merritts wurde in Haft behalten.

Kraubüberfälle in der Herzogwinna.

Das Präsidium des Kreisamtes in Bistritz hat die Mitteilung erhalten, daß sich die Kraubüberfälle der notleidenden Bevölkerung in der Herzogwinna mehrt. Die notleidenden Bauern greifen begüterte Bauern an, um sich Nahrungsmittel zu verschaffen. Die Behörden haben zur Aufrechterhaltung der Ordnung eine größere Anzahl Gendarmen in die Herzogwinna entsandt.

Strafstaten einer Mutter.

Die Frau des Postunterbeamten Kder in Prag, die mit ihrem Manne in Scheidung stand, hat Sonnabend an ...

Neue Hochwasserhäben in England.

In Mittelengland und Wales sind infolge neuer Hochwasser die Flüsse Darren und Ribbel über ihre Ufer getreten; der Fluß Cononq übersetzte seit 14 Tagen zum ersten Male viele Häuser und Straßen in Nordwales. Am Firth of Forth und anderen Stellen der Küste sind Dörfer ...

Arbeiter-Sportbewegung

Die Stadtämter für Leibesübungen.

Wie sollen sie sein?

Der Deutsche Reichsausschuss für Leibesübungen beschäftigt sich neuerdings lebhaft mit der Frage der Stadtämter für Leibesübungen, die an vielen Orten zum Teil noch in der Anfangsphase begriffen sind. Ein vom Reichsausschuss leitet der Deutschen Arbeiter-Sportbewegung zu einer kritischen Stellungnahme. Der Reichsausschuss hat sich für die Stützung des sportlichen Lebens in Deutschland und Anerkennungswertes geleistet. Andererseits aber mussten in vielen Fällen seine reaktionären Meinungen festgehalten werden, und besonders seine jetzige Stellungnahme zu der Frage der Stadtämter für Leibesübungen fordert im Interesse der geistigen Entwicklung des Arbeitersports und seiner Gleichberechtigung zur Kritik heraus.

Der D.R.A. schlägt in seinem Schema vor, die Stadtämter wie folgt zu gliedern: 1. in das Dezernat für Leibesübungen, 2. in den Sachverständigenrat, 3. in die ausführende Dienststelle und 4. in den örtlichen Sammelverband der Turn- und Sportvereine. Gegen das vorbeschriebene Schema wären vom Standpunkt der Arbeiter-Sportbewegung Einwendungen nicht zu erheben. Der geordnete Sachverständigenrat könnte allerdings nur in der Gestalt einer Verwaltungsdeputation für Leibesübungen mit allen nötigen Befugnissen zu gewährenden Rechten wirksam sein, und vor allem wäre zu fordern, dass dieser Sachverständigenrat aus dem Dezernat als Vorsitzenden und Vertreter des Magistrats sowie aus Stadtverordneten und Vereinsvertretern als Bürgerrepräsentanten gewählt werden müsste.

Die ausführende Dienststelle als Stadtamt nach dem Schema des D.R.A. einen Referenten für Leibesübungen an der Spitze stehen, dem eine „engste Verbindung mit dem Vereinleben“ vorzuschreiben wird. Für diesen Posten sollen nach dem Vorschlag des D.R.A. nur Diplomturn- und Sportlehrer in Frage kommen. Hier muss von der Arbeiter-Sportbewegung dringend gefordert werden, dass auch gewählten Sportlern aus den Arbeiter-Sportvereinen der Weg zu dem Amte des Referenten für Leibesübungen zugänglich gemacht wird. Im übrigen trägt der Entwurf des D.R.A. keineswegs der Forderung der Arbeiter-Sportbewegung Rechnung, dass körperliche und geistige Jugendpflege aufs engste zusammengehören. Nur in einer gegen-

seitigen Durchdringung der körperlichen und geistigen Interessen liegt der Aufstieg unserer Jugend begründet, und dem muss auch dadurch Rechnung getragen werden, dass die Stadtämter den Jugendämtern jeweils eng angegliedert werden.

Besondere Beachtung verdient auch der vierte Vorschlag des D.R.A., wonach in einem Sammelverband sämtliche am Ort befindlichen Turn- und Sportvereine zusammengeschlossen werden sollen. Selbstverständlich weiß auch der Reichsausschuss, dass der engen Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Verbänden Beschlüsse der höchsten Körperlichkeiten aller Arbeitersportverbände entgegenstehen, das vor allem die Arbeitervertreter in vielen Dingen nicht mit den bürgerlichen Sportverbänden einig gehen können. Dieser Sachlage gegenüber nimmt er in seinem Vorschlag nun wörtlich folgende Stellung ein: „Ein Verband der „bürgerliche“ wie „Arbeiter“-Vereine zusammenzufassen, ist dabei wünschenswert. Wo die Arbeitervereine jedoch nicht mittun, muss auf sie verzichtet werden; Hauptfrage ist, dass der Sammelverband arbeitsfähig ist und nicht in seinem Wirken durch innerlich abseitsstehende Mitglieder gelähmt wird. Besser also ohne die Arbeitervereine arbeitsfähig als mit ihnen gelähmt.“

Gegen diese Bestrebungen des D.R.A. kann von der Arbeiter-Sportbewegung aus gar nicht scharf genug Stellung genommen werden, zumal der Sammelverband ausschlaggebend bei der Besetzung der Deputation für Leibesübungen sein soll. Die Absichten des D.R.A. gehen letzten Endes darauf hinaus, die Arbeiter-Sportler von der Inanspruchnahme ihrer Rechte in den Stadtämtern für Leibesübungen auszuschließen. Gegen solche Versuche muss entschieden vorgegangen werden. Die Arbeiter-Sportler und die sozialistischen Stadtverordnetenfaktionen haben deshalb alle Ursache, bei der Bildung der Stadtämter für Leibesübungen derartige reaktionäre Bestrebungen im Interesse der Arbeiter-Sportbewegung zu unterbinden.

Mit der Vertretung der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale (S.A.S.I.) auf dem Internationalen Sozialistischen Kongress in Brüssel wurden Dr. Julius Deutsch-Wien und Guillewig-Paris beauftragt.

Was muß der Arbeitersportler vom Sozialismus wissen?

Ueber dieses hochwichtige Thema geben wir dem Nationalrat Genossen K. Volkert-Wien das Wort. Bemerkenswert ist, dass Genosse Volkert mit dem Arbeitersport verbunden ist und vorgerichtetes Thema bei einem Lehrgang des Bundes der Amateurluftballvereine Österreichs (W.A.F.) ausführlich behandelte.

Der Ausgang der letzten Wahlen in Wien bewies die starke Anteilnahme der Jugend und damit auch der Sportvereine. Den Arbeitersportvereinigungen obliegt dabei eine wichtige Erziehungsaufgabe. Denn durch die Verwahrlosung mit dem Sportgetriebe, das in reichlichen Gelehrtsstoff abgibt, denkt der junge Mensch nicht an viele andere Dinge. Gewiß haben die Vereine die Verpflichtung, bei den Mitgliedern ein gewisses Hochhalten des Sports und die Liebe zu ihm zu erwecken. Darüber hinaus gibt es aber noch größere Fragen, für die wir uns mehr einleiten müssen als für irgendeine Muskelbewegung. Die Funktionäre sollen deshalb der Jugend auch noch ihre Klassenlage bewußt machen und sie der Partei und Gewerkschaft zuführen. Nicht jede Gelegenheit ist dazu geeignet. Der Augenblick ergibt sich von selbst, wo man das Bewußtsein der Pflicht gegen sich und seine Klasse erwecken und stärken kann. Mit der rein formgemäßen Einreihung in die politische Bewegung ist aber erst das Gerinnte getan. Da die wenigsten Menschen auf eine genauere Studien und wissenschaftlicher Vertiefung, meistens durch ihr Gefühl getrieben, zur Partei kommen, ist durch den Eintritt ihr weiterer Sozialismus nicht größer, ihre Ueberzeugungskraft nicht stärker geworden. Sozialistische Erkenntnis und Aufklärung macht die Gefühle erst brauchbar und wertvoll. Somit gibt es immer, wie schon in aller Vergangenheit, nur „unaufgeklärte Rebellen“, die noch lange keine Sozialisten sind. Gegen die Not und Unfähigkeit des Proletariats stellte Marx die Lehre von der Arbeitkraft, die an den Besitzenden verkauft werden muß, auf. Ausbeutung und Unterdrückung sind die Folgen dieses Verkaufs. Die Maschinen werden nur gefährlich, wenn sie sich in den Händen des Kapitalisten befinden.

Sozialismus bedeutet Zusammenbruch für Verhältnisse, wo die Produktionsmittel in den Händen des gesamten Volkes übergeführt werden. Der Weg, der zu diesem Ziele führt, ist der Klassenkampf. Alle geschichtlichen Bewegungen wurden bisher von einer Minorität hervorgerufen und ausgeführt. Der Grund des ewigen Kampfes der Unterdrückten gegen die Beherrschten liegt an der Hauptursache immer in den Besitz- und Machtverhältnissen, die die Menschen schaffen. Die Bourgeoisie, das Bureaucratium haben sich, nachdem sie ihre Freiheit erkungen hatten, in die Reihen der Beherrschenden und gegen den Kreis der Unterdrückten gestellt. Der Befreiungskampf des Proletariats geht nicht darauf aus, an der Beherrschung anderer teilzunehmen, sondern um alle Arbeitenden der Hand und des Geistes zu befreien, die allein berufen sind, den Staat zu führen.

Das größte Hindernis der sozialistischen Entwicklung ist der Ungehörigkeit der Massen. Die heutigen Mittel der Sportbewegung genügen nicht mehr für den gewaltigen Zufuhr. Aber wenigstens auf jenen Teil, der bei uns ist, können wir bestimmend einwirken. Diese Möglichkeit kann der Arbeiterfußballbewegung einen neuen, höheren Inhalt verleihen.

Internationale Zusammenarbeit.

Die Einheit marschiert.

Am 8. Januar fand im Volkshaus zu Leipzig eine gemeinsame Besprechung von Vertretern der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale, der Sozialistischen Jugend-Internationale und der Sozialistischen Erziehungs-Internationale statt. An der Besprechung nahmen teil die Genossen Siefert-Leipzig und Deutsch-Wien von der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale, Genosse Dillenauer-Berlin von der Sozialistischen Jugend-Internationale, von der Sozialistischen Erziehungs-Internationale die Genossen Löwenthal-Berlin, Jallotta-Berlin, Weimann-Berlin, Weinberger-Nürnberg, Pankratz und Frankowski-Wien.

Die Besprechung sollte die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit der drei internationalen Verbindungen prüfen. Es gab viel Uebereinstimmung darüber, daß vor allem in Fragen der sozialistischen Erziehungsarbeit eine gemeinsame Arbeit der

Internationalen und der ihr angeschlossenen Verbände wünschenswert und notwendig ist. In Aussicht genommen wurde eine Arbeitstagung, auf der Umfang und Inhalt dieser gemeinsamen Arbeit festgelegt werden sollen.

Zum gleichen Tage trafen ferner das Präsidium der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale und Vertreter des Büros der Sozialistischen Jugend-Internationale zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. An der Besprechung nahmen teil die Genossen Siefert-Leipzig, Deutsch-Wien, Silava-Prag von der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale, und die Genossen Siefert-Leipzig, Dillenauer-Berlin und Pankratz-Prag vom Büro der Sozialistischen Jugend-Internationale. In der Sitzung wurde in verschiedenen Fragen eine Uebereinstimmung erzielt, die ein engeres Zusammenarbeiten für die Zukunft in die Wege setzen sollen.

Die Bundesfestanlagen im Bau.

Auf dem Gelände für das 2. Bundesfest des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Nürnberg 1929 herrscht rege Arbeit. Nachdem im vorigen Jahre die Uebungsspiele in Benutzung genommen werden konnten, sind nunmehr die Arbeiten an den Kampfplätzen verfließen in Angriff genommen worden, damit auch diese Sommer 1928 dem Spielbetrieb übergeben werden können. Die Arbeiten werden der Tribünenbau für die bevorzugten Zuschauerplätze ausschließt, mit der Ausführung der kleineren Holzbauten und der Ausschleiberräume für das Schwimmen- und Sonnenbad wurde begonnen. Im Laubbad ist die 100 Meter lange Schwimmbahn im Bau, das anschließende Sonnenbad nähert sich seiner Vollendung. Ein Teil des für das Schwimmbad benötigten Wassers aus dem Kanawasserbach entnommen werden soll, wird ein Vorwärmannelement, das zugleich als Sandfang und Reinigungsbehälter dient. In dem Stadionwall wird ein Tunnel gebaut, um eine Aufzugsmöglichkeit für größere Turnveranstaltungen zu schaffen. Auch im Waldpark wurden die Arbeiten im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel weiter gefördert. Die zweite Zeile der großen Umfahrtsstraße befindet sich

am Rhein vorgesehen; ein zweiter Kurriebahn technischen Inhalts findet vom 13. bis 22. März in der Bundeshalle in Leipzig statt. Zu beiden Kurrien haben das Reichsministerium für die besetzten Gebiete und das Preussische Wohlfahrtsministerium Beihilfen bewilligt.

Internationaler Arbeitersportverkehr.

Regen Auslandsverkehr pflegt der finnische Arbeiter-Sportbund (A.S.B.) zu sein. In der ersten Hälfte des Jahres 1928 sind folgende Auslandsreisen durchgeführt worden: Kämpfe im Kodelin und Schneeschuhlaufen am 14. und 15. Januar in Moskau; erstmaliges Spielen einer russischen Eishockeymannschaft in Finnland. Der Verein „Jura“ Helsinki, führt vom 11. bis 13. Februar internationale Kämpfe durch, denen am 4. und 5. Februar eine internationale Stilaufveranstaltung vorausgeht. Internationale Ringkämpfe finden statt vom Sportverein „Reit“ in Turku vom 3. bis 5. März; vom Sportverein „Riento“ in Kotka vom 10. bis 12. März. Außer den angeführten Geschehnissen werden Weichschiffkämpfe in allen Winterportarten durchgeführt.

Sport und Sonntagsheiligung.

Das Bestreben der Kirche, nach puritanischem Vorbild am Sonntag vormittag jede Sportbetätigung zu unterbinden, wagt immer mehr zu einer Gefahr für den Sport aus. Demnach soll sogar dem Reichstag ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der eine härtere Bestrafung der „Sonntagsheiligens“ verlangt. Gegen dieses mörderische Treiben, kirchlicher Kreise wenden sich neuerdings auch bürgerliche Sportler, nachdem sie anfangs noch vergeblich versucht hatten, die Kirche durch ein Petitionen zu stellen. So hat bereits der Deutsche Fußballbund gegen das geplante Gesetz Einspruch erhoben. Mit besonderer Schärfe verurteilt auch die „Kölnische Zeitung“ diese heuchlerische Art der Sonntagsheiligung, indem sie zum Ausdruck bringt, daß diejenigen, die den erwähnten Gesetzentwurf einbringen wollen, gut daran tun würden, in erster Linie einmal für ein geistliches Nachdenken und für die Erfüllung der Spielplankünste zu sorgen. — Dieser scharfen Kritik einer bürgerlichen rechtsgerichteten Zeitung braucht nichts hinzugefügt zu werden.

Spielverbot an Wahltagen!

Eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Die schwache Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in Hessen, die sich auch für die Sozialdemokratische Partei als ungenügend erwies, hat u. a. die Meinung ankommen lassen, daß die Arbeitersportbewegung daran mitverantwortlich ist. Dazu schreibt die Zentralkommission Arbeitersport und Körperpflege wie folgt: „Wir wollen nicht verschweigen, daß die am Wahltag abgehaltenen vorläufigen Verhandlungen von der Arbeitersportbewegung auszugehen haben. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Arbeitersportbewegung an Wahltagen Spielverbot zu erlassen. Sollte in einigen Bezirken dieses Verbot nicht erlassen werden, so ist das nur an einer wenig vorbereiteten Zusammenarbeit zwischen Partei und Arbeitersportbewegung gelegen haben. Die Beschlüsse werden in diesem Zusammenhang genommen werden, nochmals für strengste Durchführung Spielverbots an Wahltagen zu sorgen.“

Aufgaben der Streikvertreterkonferenz.

Die am 28. und 29. Januar in Leipzig zusammengetretene Streikvertreterkonferenz des Arbeiter-Turn- und Sportbundes wird zu überaus wichtigen Fragen des Bundes Stellung nehmen. Es kann schon jetzt mitgeteilt werden, daß der Bund trotz der Schwere der Zeit ein festes Vertrauen in die Mitglieder hat. Besonders Interesse erregt der Bericht über den Stand des Turnverlages, der den sich am größten Sportartikelgeschäft Deutschlands entwickeln konnte. Den 2. März wird über die seit 14 Jahren Tätigkeit befindliche und nun ihm geleitete Bundeshalle berichten und besonders eingehend die Leistungen, die mit den Lehren und Verfahren erzielt wurden, darlegen. Gerade die Bedeutung ist dazu berufen, dem weiteren Aufstieg der Arbeiter-Sportbewegung die Wege zu ebnen. Eine sehr lebhaft ausgesprochene Forderung der Sportlerfrage auslösen, geht doch der Kampf um die Lösung der zentralistischen Aufgaben des Bundes über den Bund hinaus. Die zentralistische Sportbewegung, Voraussetzungen der Streikvertreterkonferenz einen Vorschlag der Sportkommission zu erheben, wonach der zentralistische Gebäude im Waldpark in Leipzig als zentrale Halle für die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung zu dienen soll. Ueber den in Leipzig befindlichen Bundesbau wird dann der Bundestag in Leipzig referieren. Schließlich hebt noch die Thematik „Vertugung“ zur Beratung, für das ein Referat von Herrn Wien vorgelesen ist.

Zwei lehrreiche Besuche für das preussische besetzte Gebiet von der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege gemacht werden. Ein gemeinsamer Arbeitersporttag wird am 22. Februar bis 2. März 1928 in Berlin

Sport des Sonntags.

Breslau, den 16. Januar 1928.

Fußball vom Sonntag.

Ein großer Teil der Spiele fielen den spielunfähigen Plätzen zum Opfer. Die wenigen Freundschaftsspiele brachten aber durchweg Ueberrassungen. Die Mannschaften der 1. Klasse wurden von den Gruppenmeistern der 2. Klasse glatt geschlagen und erbrachten den Beweis, daß sie an Spielstärke gleichwertig sind. 1921, welche am nächsten Sonntag gegen Kattenspieler das Ausschheidungsspiel um den Aufstieg in die 1. Klasse austragen, verloren überraschend hoch gegen Waaser 5:2. Die Beschlüsse werden im einzelnen:

Rapid 1 — Sturm 1:5:2 (2:2).

Zu einem schönen Freundschaftsspiel trafen sich obige Mannschaften. Sturm hat Anstoß und es entwickelte sich zunächst ein schönes Feldspiel. Rapid findet sich schneller auf dem schlüpfrigen Boden und drückt mächtig. Schon nach 10 Minuten ist einer ihrer schon eingeleiteten Angriffe von Erfolg gekrönt. Doch Sturm kommt langsam auf und bald ist der Ausgleich geschafft. Doch kurz darauf geht Rapid wieder in Führung. Nun wird auf beiden Seiten ein mächtiges Tempo angeschlagen und beide Tore kommen des öfteren in Gefahr. Beide Hintermannschaften leisten aber gute Arbeit. Kurz vor Halbzeit aber gelingt Sturm doch der Ausgleich. Nach dem Wechsel gleich wieder flottes Tempo. Sturm verliert mit aller Macht etwas Zählbares zu erreichen, aber ihre Angriffe werden bald im Keime erstickt. Dafür sind es aber die Kolonnen, welche zur Hochform aufsteigen. Mannoll und wuchtig sind ihre Angriffe. Drei schöne Tore sind das Resultat davon. Sturm stellt dauernd um, und spielt sehr verhalten. Trotz aller Bemühungen gelingt ihnen nichts. Der Schlußpfiff des guten Schiedsrichters trennt die Mannschaften beim Stande von 5:2 für Rapid.

Einmal — Einmal 1:1.

In Stelle der nicht erschienenen Vollen trafen sich obige Mannschaften zum friedlichen Wettkampf. Trotz des schweren Bodens lieferten die Mannschaften ein helles flottes, faibles Spiel. Einmal lieferte den beiden gegnerischen Mannschaften ein Tor und konnte es jedoch des Spiel nicht offen halten.

Eine schöne Kombination des Innenstürmers der W.F.C. brachte ihnen schon in den ersten Minuten das führende Tor. Mehrere Male wollte F.S.B. der Ausgleich, doch fehlte es am erforderlichen Verständnis des Innenstürmers. Eine Vorlage des Rechtsaußen konnte schließlich der Halbfinte zum Ausgleich verwandelt. Doch schon in der nächsten Minute nicht der Gegner einen Fehler der roten Verteidigung aus, und stellt das alte Verhältnis wieder her. Ummächtig, aber sicher, drängt F.F.L. den Gegner in die Defensive, kann aber zählbares nicht erringen. Nach Halbzeit macht sich die flüchtige Kombination noch besser bemerkbar. Der Innensturm hat aber noch mit leinen Schüssen und kann die vielbeinige Verteidigung sowie den ausgezeichnet arbeitenden Tormann von F.S.B. nicht überwinden. In den letzten Minuten reißt sich F.S.B. nochmals tüchtig zusammen, kann aber an dem Resultat nichts ändern.

Herttha 1 — Sparta 1:2:1.

Mit reichlicher Verspätung pfeift der Unparteiische das Spiel an. Herttha hat nur zehn Mann zur Stelle, doch nehmen sie unentwegt den Kampf auf. Ein planloses Spiel entwickelt sich in der ersten Viertelstunde. Dann jedoch unternimmt Herttha gefährliche Angriffe. Sicher wehrt die Spartaabwehr ab. Demnach das Verhängnis. Der Spartaformann wehrt schließlich ab, der Verteidiger will den Ball zurückspielen und schon rollt der Ball ins eigene Tor. Leicht hat Herttha die Führung errungen. Die Hinterreihe Spartas unternimmt nun die gefährlichsten Durchbrüche. Die Unentschiedenheit des Innenstürmers vermag aber alles. Herttha dagegen ist es möglich, nach gutem Durchspiel zweites Tor zu erzielen. Nach Wechsel geht Sparta zunächst in Front. Hartigursch proffeln die Schüsse neben und über das Tor. Einmal aber findet einer den Weg ins Tor. Der Anstoß Hertthas wird abgefangen und schon hat Sparta wieder vor dem Tor des Gegners. Aber nur eine Serie von Toren sind die Ausbeute. Demnach macht sich Herttha frei. Auf beiden Seiten wird trotz größter Anstrengung bis Schluß aber nichts mehr erzielt.

Zu Sportfreunde 1 — Weichschiff 1:2:5 (1:1).

Um 14.30 Uhr pfeift der Schiedsrichter das Spiel an. Der Anstoß Weichschiff wird abgefangen und Sportfreunde geht in die Defensive. Einmal reißt die Hintermannschaft der Rot-Weißen ab, Weichschiff mit zehn Mann löst sich, kann

Es geht nicht richtig. Langsam aber wird es besser. Die Angriffe werden planvoller und bald sieht Nummer 1. Sportfreunde ist es möglich, bis Halbzeit den Ausgleich zu erzwingen. Nach Halbzeit setzt die junge und linke Mannschaft der Bratislawen Dampf auf. Eine große Überlegenheit macht sich bemerkbar, die in vier weiteren Toren ihren Ausdruck findet. Sportfreunde kann dem nur einen Erfolg entgegensehen und muß den Sieg der aufstrebenden Bratislawen-Mannschaft überlassen. Der Schiedsrichter hatte das Spiel jederzeit in der Hand.

Resultate der C-Klasse im Handball.

In der C-Klasse bestreiten die führenden Mannschaften ihre Stellung weiter. In Tschank standen sich 6. Abt. II Nordost II gegenüber, in dem die 6. Abt. als hoher Sieger hervortrat. Als zweites Spiel trat in Tschank das Spiel 1897 II - Ganda II, hier behielt 1897 knapp die Oberhand. Das dritte Treffen in Tschank war Poseidon II - 2. Abt. II. Hier gewann Poseidon knapp 1:0, wa die 2. Abt. nicht voll antrat. Im Eichenpark ist das Spiel 7. Abt. III - 4. Abt. I ausgefallen.

- 6. Abt. II - Nordost II 6:0 (4:0).
- Poseidon II - 2. Abt. II 1:0 (0:0).
- 1897/02 II - Ganda II 1:0 (1:0).
- 7. Abt. III - 4. Abt. I ausgefallen.

Die gemeldeten Resultate:

B. f. z. I - J. S. B. I	2:1
Herta I - Sparta I	2:1
Wader I - 1921 I	5:2
Union I - Sturm I	5:2
Union I - B. f. z. I	7:0 (Auscheidungsspiel)
Bratislawia I - Jr. Sportfr. I	5:2
Sparta II - Herta II	4:1
Wader II - Bratislawia II	2:0

Die staatliche Reglementierung des Sports

Ist bisher vollkommen nur in Sowjetrußland durchgeführt worden. Rußland kennt private Sportorganisationen überhaupt nicht mehr. Es hat die gesamte russische Sportbewegung organisch in das herrschende Sowjetregime eingegliedert. Seit langem hat aber auch das tschechische Volk den Weg beschritten, das tschechische Sportleben in die herrschende tschechische Partei völlig einzuordnen. Nachdem man bereits den Ausländern die Teilnahme an tschechischen Meisterschaftsspielen verboten hatte, ist man jetzt noch weitergegangen und hat bestimmt, daß kein Ausländer an der Spitze eines Sportvereins in Tschechien stehen darf. Von dieser Maßnahme werden in erster Linie die Engländer betroffen, die sich besonders in Mittel- und Südböhmen um die Hebung des tschechischen Sports große Verdienste erworben haben. Eine weitere neue Bestimmung räumt der tschechischen Militärs das Recht ein, überall dort, wo sich Organisationen der Militärs befinden, was so gut wie überall der Fall ist, in den Vorständen der bestehenden Verbände einen eigenen Vertreter zu haben; was praktisch darauf hinausläuft, daß die Verbände dem Willen der Militärs ausgeliefert werden. Ferner sind jetzt alle Hoch- und Mittelschulen, die Sportvereine bilden, verpflichtet, den Auslandsorganisationen der tschechischen Partei beizutreten; das bedeutet den Ausschluß aller Nichttschechen aus dem Jugendport. Die Arbeiter-Sportbewegung ist natürlich vollkommen unberührt.

Es muß nun damit gerechnet werden, daß auch andere Staaten, die nicht einer Diktatur unterliegen, versuchen werden, der freien Sportbewegung nach dem Vorbilde Rußlands und Italiens zum mindesten Schranken aufzuerlegen. So wird auch schon aus Chile gemeldet, daß dort zwischen der Regierung und der Obersten Sportbehörde ein Abkommen getroffen worden ist, die Zulassung zum Sport von einer behördlichen Genehmigung abhängig zu machen. Die Arbeiter-Sportbewegung muß hiergegen reaktionäre Bestrebungen, die letzten Endes auf die Vernichtung des freien Sportlebens hinauslaufen, von vornherein gebührend entgegenstellen.

Leistungen der österreichischen Arbeiter-Radfahrer.

Schranzen: 1 Km.: 1:24,8 Min.; 2 Km.: 4:08,2 Min.; 3 Km.: 7:21,1 Min.; Straßenfahren: 10 Km.: 15:12,5 Min.; 20 Km.: 32:40 Min.; 25 Km.: 43:41 Min.; 30 Km.: 45:05 Min.; 50 Km.: 1:26,43 Std.; 70 Km.: 2:14,12 Std.; Bergfahren: Niederberg, 4 Km.: 8:14 Min.; Erlberg, 4,2 Km.: 11:12 Min.; Semmering, 10 Km.: 26:50 Min.; Distanzfahren: Wien-Semmering-Wien, 170 Km.: 6:12,1 Std.; Wien-Mühl-Wien, 145 Km.: 5:02,41 Std.; Rund um Wien, 144 Km.: 4:34,31 Std.; Wien-Berg-Wien, 92 Km.: 2:55,44 Std.; Wien-Gros., 201 Km.: 6:41,16 Std.; Mannschaftsfahren 100 Km.: 6 Mann: 3:19,45 Std.; 50 Km.: 4 Mann: 1:25,27 Std.

Die Arbeiter-Motorradfahrer Österreichs organisieren sich.

Der Arbeiter-Motorradklub Österreichs, der die Anregung zur Gründung der Motorradsektionen gab, darf auf seinen Erfolg in der kurzen Zeit stolz sein. Es sind über 400 Motorradfahrer bereits als Mitglieder gemeldet. Besonders für die Propaganda der Arbeiter-Motorradfahrer war es das der bürgerliche Österreichische Automobil- und Motorradklub gerade in der letzten Zeit sehr besonders reaktionär vorgegangen und dadurch den Arbeitern in vielen Verbänden die Augen darüber geöffnet worden, in welchem Rahmen sie sich befinden. Bekanntlich hat dieser österreichische Klub sich für die technische Kontrolle bei Straßensport in einer Weise prinzipiell zur Verfügung gestellt.

Winterport bei den österreichischen Arbeiter-Turnern.

Am 22. Januar führt der Wiener Arbeiter-Turnverein als Beauftragter des 17. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes des Reichs, Hanslauben-Landberg-Bezirksverband durch. Der 18. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes führt am 4. und 5. Februar im Hochbrunngebiet bei St. Pölten ein Kreiswinterporttreffen für die dem Reich angehörenden Verbände Österreichs, Salzburgs, Tirols und Vorarlbergs durch. Die Veranstaltung steht u. a. folgendes Programm vor: Langlauf der Jugendlichen, Sportler und Sportlerinnen, Sammellauf für Sportler in zwei Klassen und weitere Konferenzen.

Fischerei.

Für den österreichischen Arbeiterport hat der Arbeiter-Turn- und Sportbund des Reichs mit der Fischerei ein Verzeichnis erstellt. Mehrere Vereine haben bereits auf dem Wiener Naturforscherversammlung zum Ausdruck gebracht, daß eine Veranschaulichung über die Bedeutung und die verschiedenen Arten des Fischereiwesens durchgeführt werden. Man trägt sich mit dem Gedanken, eine proletarische Kanakifahrt in Wien zu veranstalten.

Tschechische Federationskonferenz.

Der tschechische Konvent der tschechischen Arbeiter-Turn- und Sportbundes des Reichs, und des tschechischen Arbeiter-Turn- und Sportbundes werden sich am 18. Januar in Brno zusammenfinden, um eine gemeinsame Grundidee zur tschechischen Arbeiter-Turn- und Sportbewegung des Reichs und des tschechischen Arbeiter-Turn- und Sportbundes zu erörtern. In Vorbereitung der bevorstehenden Sitzung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung in der Tschechei möge der Kongress ein voller Erfolg beizubringen sein.

Belagter Arbeiterport.

Als zweite Sportart hat der tschechische Arbeiter-Turn- und Sportbund (T.S.B.) das Schachspiel in den Vordergrund gestellt. Die erste Schachturnier wurde in Brno abgehalten. Der tschechische Arbeiter-Turn- und Sportbund hat sich in Brno ein Ziel gesetzt, die Schachturniere in der Tschechei zu fördern. In Vorbereitung der bevorstehenden Sitzung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung in der Tschechei möge der Kongress ein voller Erfolg beizubringen sein.

Arbeiter-Sport in Wien.

Die von tschechischen Sport- und Schachklub veranstalteten Schachturniere werden sich am 18. Januar in Brno abhalten. In Vorbereitung der bevorstehenden Sitzung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung in der Tschechei möge der Kongress ein voller Erfolg beizubringen sein.

Schach in Eichenpark.

Die von tschechischen Sport- und Schachklub veranstalteten Schachturniere werden sich am 18. Januar in Brno abhalten. In Vorbereitung der bevorstehenden Sitzung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung in der Tschechei möge der Kongress ein voller Erfolg beizubringen sein.

Jung und alt im trauten Verein



stählt seine Körper im Arbeiter-Turn- u. -Sportbund

1. Kreis-Wintersportfest des 14. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund
am 22. und 23. Januar, in Schreiberhau (Silesien).
Die wintersporttreibenden Mitglieder des Arbeiter-Turn- und Sportbundes im 14. Kreise werden sich am Sonnabend, den 22. Januar, und Sonntag, den 23. Januar, in Schreiberhau, zu einer wintersportlichen Veranstaltung treffen. Aus allen Teilen der Provinz werden sich Bundesgenossinnen und Bundesgenossen mit Rodel und Ski einfinden, um sich im sportlichen Wettkampf zu messen und aber, um gemeinsame Fahrten durch die winterliche Landschaft zu unternehmen. Dabei werden neue Bande der Freundschaft zu knüpfen sein, Gedanken über organisatorische, technische und kulturelle Angelegenheiten ausgetauscht und auch auf diese Weise die Stogkraft der Organisation gefördert werden.
Darum, ihr Bundesgenossen aus Stadt und Land, heraus zum 1. Kreis-Wintersportfest in Schreiberhau!
Anfragen wegen Quartier usw. sind zu richten an Genossen Bruno Hoffmann, Ober-Schreiberhau i. R., Winkelmühle 166.

Bezirksjugendleiterkongress des Arbeiter-Turn- und Sportbundes im 14. Kreise.

Die Bezirksjugendleiter des 14. Kreises hatten sich am gestrigen Sonntag zu einer Tagung zusammengefunden, um über die Jugendfragen der Bezirke und des Kreises zu berichten und zu den notwendigen Aufgaben Stellung zu nehmen.

Einstimmig hielt Sportarzt Dr. Juliusburger-Breslau einen Vortrag über: „Die Psychologie der Jugend“, der den Teilnehmern manch Wissenswertes auf diesem Gebiete vermittelte. Im Anschluß nahmen die Teilnehmer ein Referat des Kreisjugendobmannes Bundesgenossen Oskar Großer-Breslau über „Die staatliche Jugendpflege“ entgegen. Nach einem geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der staatlichen Jugendpflege machte der Referent sehr interessante Mitteilungen über den heutigen Stand dieser Einrichtung. Vor allem interessierten die Befandnisse der staatlichen Stellen, die zur Förderung der Jugendpflege Mittel zur Verfügung haben, von denen sich auch die Vereine des Arbeiter-Turn- und Sportbundes ihren berechtigten Anteil nehmen können. Die anschließende Aussprache bewies auch, daß dies eine sehr wichtige Angelegenheit ist, über die jeder Bezirksjugendleiter und auch jede Vereinsgeschäftsführung unbedingt orientiert sein muß.

Bundesgenosse Seemald-Breslau berichtete über die Kreisjugendleiter-Konferenz in Leipzig und wies im besonderen auf die dort bekanntgegebenen Richtlinien für die Jugendfragen innerhalb unserer Bezirke hin.

Die Berichte der Bezirksjugendleiter ließen erkennen, daß wohl überall eine partei Jugendbewegung vorhanden ist, daß aber noch hier und da Funktionäre fehlen. Es wird Aufgabe der älteren Sportgenossen sein, sich in härtester Weise der Jugendbewegung im Verein sowie im Bezirk zur Verfügung zu stellen.

Zum Punkt Kreisjugendtreffen 1928 wurde der 4. Bezirk beauftragt, daselbst durchzuführen. Bis Ost wurde Halbenburg in Schönbach als Zeitpunkt der Festfeier festgelegt.

Der Kreisjugendobmann Bundesgenosse Großer-Breslau wurde wiedergebührt, ebenso die Vertreter der Turner, Jäger und Wader-Sparta. Die Beauftragung soll auf dem Kreisfest erfolgen. Mit dem Wunsche zu zehnjähriger Mitarbeit, damit die Jugendbewegung im 14. Kreise auch im kommenden Jahre weitere Fortschritte macht, wurde die anregend verlaufene Sitzung geschlossen.

Bezirks-Spielabend vom 8. Januar.

Am 22. Uhr empfing der Bezirks-Spielleiter, Bundesgenosse Schöpf, die Sitzung. Auf der Tagesordnung standen vier Punkte: 1. Bericht der Bezirks-Spielleiter, 2. Bezirks-Turnspiele, 3. Kreis-Spielabend, 4. Bericht der Bezirks-Spielleiter, 5. Bezirks-Turnspiele, 6. Bezirks-Spielabend, 7. Bezirks-Turnspiele, 8. Bezirks-Spielabend, 9. Bezirks-Turnspiele, 10. Bezirks-Spielabend, 11. Bezirks-Turnspiele, 12. Bezirks-Spielabend, 13. Bezirks-Turnspiele, 14. Bezirks-Spielabend, 15. Bezirks-Turnspiele, 16. Bezirks-Spielabend, 17. Bezirks-Turnspiele, 18. Bezirks-Spielabend, 19. Bezirks-Turnspiele, 20. Bezirks-Spielabend, 21. Bezirks-Turnspiele, 22. Bezirks-Spielabend, 23. Bezirks-Turnspiele, 24. Bezirks-Spielabend, 25. Bezirks-Turnspiele, 26. Bezirks-Spielabend, 27. Bezirks-Turnspiele, 28. Bezirks-Spielabend, 29. Bezirks-Turnspiele, 30. Bezirks-Spielabend, 31. Bezirks-Turnspiele, 32. Bezirks-Spielabend, 33. Bezirks-Turnspiele, 34. Bezirks-Spielabend, 35. Bezirks-Turnspiele, 36. Bezirks-Spielabend, 37. Bezirks-Turnspiele, 38. Bezirks-Spielabend, 39. Bezirks-Turnspiele, 40. Bezirks-Spielabend, 41. Bezirks-Turnspiele, 42. Bezirks-Spielabend, 43. Bezirks-Turnspiele, 44. Bezirks-Spielabend, 45. Bezirks-Turnspiele, 46. Bezirks-Spielabend, 47. Bezirks-Turnspiele, 48. Bezirks-Spielabend, 49. Bezirks-Turnspiele, 50. Bezirks-Spielabend, 51. Bezirks-Turnspiele, 52. Bezirks-Spielabend, 53. Bezirks-Turnspiele, 54. Bezirks-Spielabend, 55. Bezirks-Turnspiele, 56. Bezirks-Spielabend, 57. Bezirks-Turnspiele, 58. Bezirks-Spielabend, 59. Bezirks-Turnspiele, 60. Bezirks-Spielabend, 61. Bezirks-Turnspiele, 62. Bezirks-Spielabend, 63. Bezirks-Turnspiele, 64. Bezirks-Spielabend, 65. Bezirks-Turnspiele, 66. Bezirks-Spielabend, 67. Bezirks-Turnspiele, 68. Bezirks-Spielabend, 69. Bezirks-Turnspiele, 70. Bezirks-Spielabend, 71. Bezirks-Turnspiele, 72. Bezirks-Spielabend, 73. Bezirks-Turnspiele, 74. Bezirks-Spielabend, 75. Bezirks-Turnspiele, 76. Bezirks-Spielabend, 77. Bezirks-Turnspiele, 78. Bezirks-Spielabend, 79. Bezirks-Turnspiele, 80. Bezirks-Spielabend, 81. Bezirks-Turnspiele, 82. Bezirks-Spielabend, 83. Bezirks-Turnspiele, 84. Bezirks-Spielabend, 85. Bezirks-Turnspiele, 86. Bezirks-Spielabend, 87. Bezirks-Turnspiele, 88. Bezirks-Spielabend, 89. Bezirks-Turnspiele, 90. Bezirks-Spielabend, 91. Bezirks-Turnspiele, 92. Bezirks-Spielabend, 93. Bezirks-Turnspiele, 94. Bezirks-Spielabend, 95. Bezirks-Turnspiele, 96. Bezirks-Spielabend, 97. Bezirks-Turnspiele, 98. Bezirks-Spielabend, 99. Bezirks-Turnspiele, 100. Bezirks-Spielabend.

Verammlung der Funktionäre aller Kreise und Beauftragten der Arbeiter-Sportverbände. Am Donnerstag, den 28. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 12, ein Lichtbildvortrag statt, der Wesen und Bedeutung unserer Arbeit in unserer Provinz einführen soll. Neben den praktischen Vorführungen in der Technik des Apparates soll unter anderem Anregung gegeben werden zur Schaffung einer Werbe-Service für den tschechischen Arbeiterport. Ueber weitere taktische Maßnahmen soll die Verammlung beschließen. Nähere Mitteilungen sind bereits durch die Gau- und Kreisleiter erfolgt.

Gesellschaftsspiele am 22. Januar.

- Die Reihenfolge bedeutet: Zeit, Verein, Platz, Schiedsrichter.
- 10,00: Vormwärts I - Ost I, Stadion, Sprich.
- 10,00: Vormwärts II - Süd II, Stadion, Keinerl.
- 8,30: Wader II - Sil. Rid. II, Bebeipark, Ditzsch.
- 10,00: Wader I - Sil. Rid. I, Bebeipark, Kühnel.
- 10,00: Stern II - Sturm II, Gräbchen, Jlobinsky, G.
- 10,00: 1924 I - Herta I, Gröbhelwiese, Gomille.
- 9,00: 1924 II - Herta II, Gröbhelwiese, Quander.
- 10,00: Bratislawia Jgd. - Herta Jgd, Gröbhelwiese, Knobloch.
- 9,00: West I Jgd. - B. f. z. Jgd, Eichenpark, Edert, B.
- 10,15: West II Bez. - B. f. z. II Bez, Eichenpark, Stiller.
- 10,00: Jr. Sportfr. II - K. S. B. II, Janzhelwiese, Tränker.

Handball-Serienspiele am Sonntag, den 22. Januar.

- (Die Reihenfolge bedeutet: Zeit, Verein, Platz, Schiedsrichter.)
 - 10: Ganda - 2. Abt.: Ganda; Klose I, Hausmann.
 - 10: Nordost - 4. Abt.: Oswig; Nagel, Lohap.
 - 10: Raabern - 1897: Oswig; Navarre, Schmid.
 - 10: Poseidon - Neukirch; Stadion; G. Fritsch, Woremba.
- Sonntag, den 22. Januar.
- 10: Ganda - 4. Abt.: Ganda; Veitl, Zahn.

Fußballsparte. 14. Kreis, 1. Bezirk.

Fußball-Abteilung West. Dienstag, den 17. Januar, 20 Uhr, findet unsere Generalversammlung bei Ripte statt. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Achtung, Ausscheidungsspiel. Am Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 14 Uhr, spielen auf dem Sportplatz am Schlachthof: Verein für Rasenspieler I - 1921 I; Schiedsrichter: Gräblich (Wader); Linienrichter: Kühnel, R., Rösner, Stiller, Gerlach, Wisnack, Meude, B.; Kassierer: Jlobinsky, G., West; Graczi, B., B. f. z. Ordnung sind sämtliche Mitglieder des Gruppenauswahlschusses, Treffpunkt sämtlicher Funktionäre 1 Uhr nachmittags, Sportplatz, Schlachthof. Für diesen Tag besteht ab 12 Uhr mittags Spielverbot. Der Gruppenauswahlschuss.

Der Arbeiter-Schachbund hält in den Osterferien seinen 5. Bundestag in Stuttgart ab; die Tagung ist wie bisher mit einem internationalen Schachturnier verbunden, auf dem die besten internationalen Arbeiterschachspieler sich gegenüberstellen werden.

Notizen.

Bezirksvorstand. Sämtliche Unterausschüsse der Fußballsparte haben bis 22. Januar ihre Inventurangaben an Genossen Schaffer, Bräckerstraße 67, zu melden. Obleute sind dafür verantwortlich. Bei Nichtsenden erfolgt Strafe.

Handball-Schiedsrichtervereinigung. Montag, den 23. Januar, findet die Jahresversammlung bei Hante, Leuthenstraße, um 20 Uhr statt. Tagesordnung wird dahelbst bekanntgegeben. Anträge sind bis zum 20. Januar an W. Sanger, Leuthenstraße 48, einzureichen. Es ist Pflicht eines jeden Schiedsrichters, daran teilzunehmen. Die Ausschlußklausur findet eine Stunde vorher im selben Lokal statt.

Fußballsparte, Schiedsrichtervereinigung. Am 30. Januar, 20 1/2 Uhr, findet die diesjährige Vollversammlung der Schiedsrichtervereinigung statt. Erscheinen eines jeden ist Pflicht. Vereine, welche nicht delegieren, werden bestraft. Schiedsrichter ausweise sind mitzubringen. Ohne dieselben kein Stimmrecht. Anträge zur Vollversammlung sind bis zum 20. Januar an den Sportgenossen Erich Sanger, Weidenstraße 61, zu richten.

Handball. Heute abend, 8 Uhr, Sitzung des Spielausschusses bei Hante, Leuthenstraße 34. Da die Tagesordnung sehr wichtig ist, muß jede Mannschaft einen Vertreter entsenden.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 14. Kreis, Kreisrat. Am Donnerstag, den 19. Januar, 19,30 Uhr, Reichenburger Straße 14: Kreisratssitzung. Zur Beratung: Kreisvertreter-Konferenz; Kreisrat, Bezirkstage, Verschiedenes.

Freie Arbeitervereinsung Breslau e. V. Jugend-Abteilung. Am Dienstag, den 24. Januar, findet im Gewerkschaftshaus unsere Jugend-Ausschuhung statt (Zimmer an der Tafel). Außer den Jugendfunktionären hat auch die technische Leitung zu erscheinen. Der Jugendleiter.

Der Freie Seglerverband hält am 14. und 15. Januar seinen Bundestag im Berliner Gewerkschaftshaus ab.

A.S.B. Sparta 1911 e. B. Freitag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, findet bei Hampus, Promisstraße, eine außerordentliche Vollversammlung statt. Pässe und Jersey mitbringen. Da sehr wichtige Tagesordnung, muß jedes Mitglied erscheinen. Unentschuldigtes Fehlen wird bestraft. Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrerverein Breslau. Mittwoch, den 18. Januar, abends 8 Uhr, findet im Lokal von C. Böhm, Zahnstraße, Ecke Lorenzstraße, die jährliche Vorstand- und Sportauswahlsitzung statt. Die Funktionäre haben pünktlich zu erscheinen. - Sonnabend, den 21. Januar, findet in beiden Sälen des Gewerkschaftshauses unter Mastenball statt.

A.S.B. Bratislawia. Bei der am 6. Januar stattgefundenen ersten Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender C. Karich, Rinnstraße 15; 2. Vorsitzender W. Bernert, Stolzstraße; Kassierer W. Hanke, Binzenstraße 9; Sportwart W. Gregor, Salzstraße 31; Jugendobmann W. Grünher, Hirschstraße 11; Handballobmann C. Kahl, Binzenstraße 14; Turnwart W. Jerofke, Kreuzbergstraße 17; Schriftführer H. Schieferer, Michaelisstraße 6; Pressewart H. Kaban, Helmwigstraße 21, und die Beisitzer Genossin Dekker, Genossen W. Grünher, Rosner und Seidel. Freitag, den 22. Januar, findet eine Sitzung bei Genossen Priegner, Bergmannstraße 15. Anschließend daran gemütliches Beisammensein. Sämtliche Anwesenden sind zu richten an Genossen Walter Hanke, Breslau 9, Binzenstr. 9.

A.S.B. Oswig 1923. Zweites Mannschaftsaufstellung zur Serie findet am Freitag, den 20. Januar, eine Vollversammlung statt. Alles hat zu erscheinen. Der Vorstand.

Bezirksratung. Das Spiel B. f. z. I - Sparta I findet am 22. Januar, vormittags 9,10 Uhr, auf dem Sportplatz am Schlachthof statt.

Arbeiter-Sportklub Deutsches Volk. Am 9. Januar fand die Generalversammlung des Arbeiter-Sportklubs statt. Nach Geschäfts- und Rechnungsbildung fand die Wahl des Gesamtvorstandes statt. Sportobmann Paul Winter wurde einstimmig zum ersten Vorsitzenden gewählt. Sämtliche Anwesenden sind an seine Adresse: Deutsches Volk, Siedlung 15, zu richten.

Die neue Arbeiter-Sportklub Deutsches Volk ist ab 1. Januar 1923 in Siedlung unter dem Titel „F. A. V.“ Das bisherige Organ des tschechischen Arbeiter-Sportbundes, das von einer Aktiengesellschaft herausgegeben wurde, ist unter kommunistischen Einfluß geraten.

Breslauer Hallenschwimmbad

Schwimmkurse für Männer und Frauen
Schwimmunterricht, Massage, Wannen-, Dampf- und Elektr. Bäder, Inhalation
Unter Woche täglich geöffnet von 8 bis 8 Uhr